

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.

Abonnementspreis pro Quartal 80 J.

Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 25. März 1899.

Insertate die dreispaltige Petitzelle oder deren Raum 30 J

Redaktion und Expedition:

Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

Inhalt: Die badische Fabrikinspektion. — Gemeinsame Organisation der Unternehmer und Arbeiter und Schaffung von Einigungsämtern. — Tätigkeitsbericht für den Agitationsbezirk Brandenburg und Pommern III. — Die Organisationsfrage der Formier und der Formiertag in Gotha. — Landeskongress des D. M. V. von Braunschweig und angrenzende Bezirke. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Zur Abwehr. — Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. — Abrechnung der Hauptkasse pro Februar 1899. — Literarisches.

Zur Beachtung.

Zug ist fernzuhalten:

- von Aluminiumschlägern nach Fürth (G. Weiß) Str.;
- von Bronzearbeitern nach Ludenwalde (Herzog & Co.) R.
- von Drehern, Hoblern und Schlossern nach Dresden (Fischer & Wünsch);
- von Drehern, Schlossern und Mechanikern nach Döbeln (Otto u. Geber);
- von Fahrradarbeitern nach Freiburg i. P.;
- von Seilenhauern zc. nach Chemnitz (Reimling) Str., nach Frankenthal und Speyer, nach Halle a. S. (Hummendorfer Seilen- u. Maschinenfabrik), nach Gietlin (Platz);
- von Seilenschleifern nach Leipzig (Kästner) Str.;
- von Formern nach Aalen in Württemb. (Firma Rieger, Inh.: Blohm & Jeller), nach Alt- und Neugersdorf (Oberlausitzer Eisengießerei Thiele & Lindner) Str., nach Bielefeld (Temperformer) (Firma W. Kramer), nach Delmenhorst (Gries & Co.), nach Döbeln (Machinenfabrik J. Haase) Str., nach Dortmund (Meißner), nach Essen a. Ruhr, nach Diedrichsdorf b. Kiel (Hawaldt's-Werke) Str., nach Göttingen (Dr. Müller), nach Halle a. S. Büschdorf (Nabob), nach Heibronn (Wolff), nach Kottbus (R. Welt) Str., nach Landhammer M., nach Neustadt a. Hardt (Firma Reich), nach Nürnberg (Schudert) Str., nach Oelde i. Westf. (Kröger u. Habel), nach Stavanger in Norwegen (Stavanger Stöberi & Doh) Str.;
- von Formern und Gießereiarbeitern nach Reutlingen;
- von Metallarbeitern nach Bünde i. W. Str., nach Leipzig (Jäger u. Rothe) Str., nach Pöschel (Camillo Walther), nach Zirndorf (Bolz & Hammerbacher) Str.;
- von Metalldrückern nach Nürnberg (Dammhorn) R.;
- von Nautischen Instrumentenmachern, Mechanikern zc. nach Christiania (Norwegen), (Optiker J. C. Krohn);
- von Polirern nach Gabeln (Riemann);
- von Reißzeugmachern nach Nürnberg (Eckert & Sohn) D.,
- von Schlägern nach München,
- von Silberschlägern nach Fürth und Schwabach,
- von Siebmachern nach München,
- von Schlossern nach Delmenhorst (Gries & Co.).

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; U.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; R.: Lohn- oder Urford-Reduktion.)

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Wegen der vom 4.—8. April in Halle stattfindenden Generalversammlung ersuchen wir die Ortsverwaltungen, Bevollmächtigten zc., sich mit ihren Materialbestellungen so zeitig einzurichten, daß das Bestellte möglichst in der Woche vor Ostern expedirt werden kann. Dringende Sendungen sind während der oben angegebenen Zeit zu richten an: A. Schilde, Halle a. S., Lindenstr. 78, Osborgs Bellevue (früher Hossjäger). Alle übrigen Sendungen, als: Materialbestellungen, Geld zc. an die bekannte Verbandsadresse in Stuttgart. Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Den Delegirten, die zur 4. Generalversammlung nach Halle kommen, zur Kenntniß, daß am Montag, den 3. April (2. Feiertag), von Früh an das Empfangskomitee — erkenntlich an weiß-rothen Schleifen — auf dem Bahnhof sich befindet. Wir ersuchen die Delegirten, sich bei Ankunft nach dem Wartesaal III. Klasse rechts zu bemühen. Die Quartierkarten werden beim Unterzeichnen im Lokale ausgegeben. Das Lokalkomitee wird sich bemühen, die Wünsche jedes Einzelnen, soweit angängig, zu erfüllen. J. U. des Lokalkomitees: Wilh. Ginz, Restaurateur, Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 50,1.

Zur Beachtung!

Der Generalversammlung des D. M. V. und der Osterfeiertage wegen bitten wir, alle für die am 8. April erscheinende Nr. 14 bestimmter Berichte, Anzeigen zc. so rechtzeitig abzusenden, daß sie Freitag, den 31. März, in unseren Händen sind. Die Redaktion.

Die badische Fabrikinspektion.

Der jüngst für 1898 erschienene Jahresbericht der badischen Fabrikinspektion steht sozialpolitisch durchaus auf der Höhe seiner Vorgänger und enthält wieder manchen werthvollen Beitrag zur objektiven und gerechten Würdigung der so viel verlästerten, gehäßten und bekämpften Arbeiterbewegung. Der Beamtenstab der badischen Fabrikinspektion ist im Berichtsjahre durch die Neuansstellung eines weiteren Akademikers, des Regierungsbauamteisters Fuchs, vermehrt worden und wird im laufenden Jahre eine weitere Vermehrung um zwei Assistentinnen erfahren. Der Chefinspektor Dr. Wörishoffer hat in der Beurtheilung dieser Angelegenheit erfreulicher Weise seine Meinung weiter entwickelt und namentlich seine Bedenken gegen die Anstellung weiblicher Beamten so ziemlich fallen gelassen, wie er denn auch eine weitere Vermehrung des Aufsichtspersonals, namentlich bei einer gewissen Dezentralisation des Dienstes, für notwendig hält. Nur meint er und darin ist ihm beizustimmen, daß diese Beamtenvermehrung nur allmählig erfolgen sollte, damit die neuen Angestellten Zeit haben, sich in ihren Wirkungskreis einzuarbeiten. Zu der geplanten Anstellung von Assistentinnen bemerkt er, daß man sich bei der Neuheit der Sache wohl kaum jetzt schon eine deutliche Vorstellung davon machen kann, wie sich die Thätigkeit eines weiblichen Beamten gestalten wird. Im Allgemeinen kann man in dieser Sache auf zweierlei Weise vorgehen. Entweder stellt man, was die am weitesten verbreitete Ansicht zu sein scheint, vertrauenswürdig Personen etwa von der Qualität der besseren Aufseherinnen und Werkmeisterinnen an, denen dann der Vollzug eines Theiles der Arbeiterschutzgesetze mit Beziehung auf die Arbeiterinnen zufallen würde, oder man faßt die Sache von einem etwas weiteren Gesichtspunkte auf und kommt dann zu der Anstellung gut gebildeter, zu selbstständiger geistiger Thätigkeit befähigter Damen. Dr. Wörishoffer neigt der letzteren Auffassung zu. „Fängt man die Sache von dieser Seite an, so kann mit einiger Wahrscheinlichkeit erwartet werden, daß eine solche Institution sich nach und nach zu einem nützlichen und wichtigen Theile der Gewerbeaufsicht auswächst. Je nach den dabei gemachten Erfahrungen ist es dann durchaus nicht ausgeschlossen, später auch eine oder die andere Beamtin der erstgenannten Art anzustellen, ähnlich wie dies auch hinsichtlich der männlichen Beamten geschehen ist.“ Die Zahl der vorgenommenen Revisionen betrug im Berichtsjahre 2211, die sich auf 2020 Anlagen vertheilen; ferner wurden 469 Bäckereien besucht. Zu

den Revisionen wurden 330,6 Reisetage verwendet. Die Zahl der revidirten Betriebe betrug 6771 (1897: 6575) mit 185,978 (173,794) Arbeitern. Davon unterstanden aber 256 Betriebe mit 8255 Arbeitern der Bergbehörde der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues und 24 Betriebe mit 3453 Arbeitern waren Staatsbetriebe; für die Fabrikinspektion verblieben demnach noch 6515 (6353) Betriebe mit 177,723 (165,849) Arbeitern. Bringt man die Zahl der revidirten 2020 Betriebe in das Verhältniß zu den 6515 revidirten Betrieben, so ergibt sich, daß nicht einmal ein Drittel derselben revidirt worden ist, was als ungenügend erscheint. Nun polemisiert aber der Bericht gegen die Zulässigkeit und Richtigkeit dieser auch in früheren Jahren gemachten Gegenüberstellung, da der Zahl der Revisionen meist eine ganz übermäßige Bedeutung beigegeben werde. „Da dies auch von solchen Seiten geschieht, welche der ganzen Institution nicht nur wohlwollend gegenüberstehen, sondern die vielfach auch für die Bedeutung sozialer Reformen großes Verständnis und um manche soziale Verbesserungen unbestreitbare Verdienste haben, so ist es vielleicht nicht überflüssig, an dieser Stelle einige Worte über die Sache zu sagen.“ In den nun folgenden Ausführungen wird zugegeben, daß die Revisionen selbstverständlich die Grundlagen der dienstlichen Thätigkeit sind, denn schon die Sicherheit des Urtheils ist nicht möglich ohne eine stetige Verührung mit dem wirklichen Leben. „Aber andererseits wird auch diese Sicherheit des Urtheils und mit der Zeit selbst das ganze geistige Niveau der Beamten nicht gewinnen, wenn die äußerliche und leicht veräußerliche Beschäftigung mit den Revisionen allzusehr die Hauptache der ganzen dienstlichen Thätigkeit ist. . . . Der Verkehr mit den Arbeitern ist für deren Interessen oft wichtiger als die bloße Revisions-thätigkeit. Außerdem müssen die Wahrnehmungen doch auch verarbeitet und wirklich nutzbar gemacht werden, was manchmal keine so ganz leichte Sache ist, was aber bei der Beurtheilung der Berichte wohl deswegen übersehen wird, weil es sich hier um Dinge handelt, welche nicht in Tabellenform oder in einer sonst handgreiflichen Weise veranschaulicht werden können.“ Diese und noch weitere Einwände gegen die beanstandete Beurtheilung müssen ja wohl als mehr oder minder zutreffend anerkannt werden, indessen glauben wir trotzdem, daß möglichst jeder Betrieb einmal im Jahre besucht werden sollte. Gegen einen jährlichen Besuch kann auch der verbissenste Gegner des gesetzlichen Arbeiterschutzes nichts einwenden, ohne sich lächerlich zu machen und werden in der That in dem einen oder anderen Betriebe keine Mißstände vorgefunden und ist also daselbst Alles auf's Beste bestellt, nun um so besser; um so angenehmer wird dann auch die kurze Unterhaltung des Aufsichtsbeamten mit dem Unternehmer für beide Theile sein. Der mündliche Verkehr mit den Arbeitern findet noch immer nicht in dem wünschenswerthen Umfange statt. Dagegen hat der schriftliche Verkehr seitens der Arbeiter in erfreulicher Weise zugenommen. „Soweit ein mündlicher Verkehr stattfindet, interessiert uns bei demselben, abgesehen von den gerade zur Behandlung stehenden Dingen, ganz besonders die Stellungnahme der Arbeiter zu den Zuständen, in denen sie leben und der Einfluß dieser Zustände auf ihre ganze intellektuelle und sittliche Entwicklung. Wir empfangen dabei manchmal nach verschiedenen Richtungen durchaus erfreuliche Eindrücke. Die Stetigkeit der Beschäftigung, welche die schon seit mehreren Jahren andauernde lebhafte industrielle Thätigkeit gewährt, die kleinen, aber unter Umständen sich wiederholenden und in der Regel festgehaltenen Erhöhungen der Löhne in manchen Industriezweigen, die da und dort stattfindenden Herabsetzungen langer Arbeitszeiten und nicht zum Wenigsten

Die sozialen Versicherungsgesetze, haben zweifellos in gewissem Umfange das Gefühl der Sicherheit in das Arbeiterleben hineingetragen, die auch Einfluß auf ihre Denkungsart zu haben scheint. Hierauf ist theilweise auch die zunehmend ruhigere Behandlung ihrer Angelegenheiten zurückzuführen. Das hiermit verbundene wachsende Selbstvertrauen hat auch, so weit wir das wahrnehmen können, eine frivole Beurtheilung der Verhältnisse zurückgedrängt. Angenehm wird man auch öfter von der Art berührt, in welcher angestrebte Lohnaufbesserungen oder drohende Herabsetzungen der Akkordlöhne bekämpft werden. Es wird zu erweisen gesucht, daß der höher gewordene Verdienst bei den alten Sätzen nicht nur den technischen Fortschritten, sondern auch den besser gewordenen Leistungen zuzuschreiben sei. Andererseits kommt in dem Bestreben nach Lohnaufbesserungen in diesem Zusammenhange, wenn auch nicht immer deutlich formulirt, der Gedanke zum Ausdruck, daß die Früchte der technischen Fortschritte zu einem Theile auch der Verbesserung der Lage der Arbeiter zu Gute kommen müßten und daß sie nicht ausschließlich in der fortschreitenden Verbilligung der Produkte aufgehen sollten. Allerdings wird hierbei der verwickelte Zusammenhang der übrigen in Betracht zu ziehenden Faktoren nicht genügend berücksichtigt. Die Arbeiter können es aber auch ganz wohl dem Schwergewichte der realen Verhältnisse überlassen, daß auch diese Faktoren zur Geltung kommen. Es genügt, wenn sie ihre Gesichtspunkte ohne den Anspruch vertreten, daß sie die allein maßgebenden seien und wenn sie jederzeit zur gegenseitigen Verständigung und zum Nachgeben bereit sind.

Diese Ausführungen zeugen von einer guten Beobachtung und von einem sehr anerkennenswerthen Verständniß der Denk- und Gefühlswelt der Arbeiter. Da erscheinen sie denn auch nicht als die wilden Thiere, als die Räuber und Mörder, die in den Reden der Stumm und Stummlinge die stehenden Figuren bilden, sondern als Menschen, wie sie sind, als Mitbürger, als Volksgenossen von dem gleichen Wesen und der gleichen Achtbarkeit wie die, welche „Etwas haben“ und sich daher besser und „höher“ fühlen. In diesem Zusammenhange wird auch den städtischen Arbeiterorganisationen die Anerkennung ausgesprochen, daß sie suchen, die Dinge klarzustellen und so in dem Verhältnisse der Arbeiter zu den Unternehmern ausgleichend wirken. Das ist das gerade Gegenteil von all' den wilden Verläumdungen, welche die Scharfmacher über die Arbeiterorganisationen in gewissenloser Weise verbreiten.

Der Verkehr mit den Unternehmern wird als ein durchaus erfreulicher bezeichnet. Der Verkehr mit den Behörden hat eine weitere Steigerung erfahren, die auch den weiteren Aufschwung der Industrie erkennen läßt. Es wurden nämlich nicht weniger als 663 Bangesuche eingereicht (gegen 578 in 1897 und 469 in 1896) welche Neu-, Um- und Erweiterungsbauten von Anlagen betrafen; 111 Neubauten entfielen allein auf die Zigarrenindustrie. Hierbei polemisiert der Bericht abermals gegen die in der Presse vertretene Ansicht, daß der schriftliche Verkehr einen zu breiten Raum einnehme. Es wird aber überzeugend nachgewiesen, daß der schriftliche Verkehr mit den Behörden im Interesse eines wirksamen Arbeiterkampfes gar nicht entbehrt werden kann.

Die Zahl sämtlicher Betriebe, die unter behördlicher Aufsicht stehen, wurde bereits erwähnt. Sie stieg von 6575 auf 6771, also um 196; die Zahl sämtlicher Arbeiter von 173,794 auf 185,978, also um 12,284, speziell die Zahl der Arbeiterinnen von 51,579 auf 54,039, um 2460. Im Jahre 1897 wurden 13,359, im Jahre 1898 14,258, um 899 mehr verheiratete Arbeiterinnen gezählt; diese Zunahme darf man wohl als Beweis dafür ansehen, daß es dem männlichen Arbeiter immer schwerer wird, allein so viel zu verdienen, um die Familie zu erhalten. Die Zahl der Kinder unter 14 Jahren stieg von 340 auf 380, der jugendlichen Arbeiter von 14—16 Jahren von 15,386 auf 15,465. Die Metall- und Maschinenindustrie zeigt folgendes Wachstum:

	Metallindustrie		Maschinenindustrie	
	1898	1897	1898	1897
Zahl der Betriebe	797	794	413	396
Arbeiter	20760	19413	24761	22727
Davon weibliche	5380	5059	1288	1222
Kinder unter 14 J.	74	67	10	10
„ von 14—16 „	2081	2234	1554	1460

Beide Industriezweige haben nach der vorstehenden Uebersicht im verfloßenen Jahre einen weiteren erheblichen Aufschwung erfahren. Die Zunahme der Zahl der Betriebe beträgt bei der Metallindustrie allerdings nur 3 und bei der Maschinenindustrie 17; aber die

Zahl der Arbeiter stieg bei der ersteren um 1347 und bei der anderen um 2034. Da nicht anzunehmen ist, daß die neuerstandenen Betriebe lauter Großbetriebe sind, so haben sich die bestehenden Betriebe erweitert und vergrößert und war so die Entwicklung in der bekannten Richtung weiter wirksam. Von den Arbeitern haben alle Kategorien zugenommen, insbesondere auch die Arbeiterinnen in der Metallindustrie um 321. Die meisten Arbeiterinnen, 4584 sind in der Bijouterieindustrie, also meistens in Pforzheim beschäftigt. Im Berichtsjahre hat aber die Frauenarbeit in der Metallindustrie aus verschiedenen wichtigen Gründen recht bedenkliche Ausdehnung erfahren. In einer Metallwaarenfabrik in Mannheim war den Arbeiterinnen der Stücklohn reduziert worden, weshalb sie die Arbeit einstellten und die männlichen Arbeiter aus Solidarität das Gleiche thaten. Der Streik ging verloren und an Stelle der Männer wurden Arbeiterinnen eingestellt. Sie wurden auf Spenglerarbeiten eingelernt und nach kurzer Zeit verfügte die Fabrik über 20 geübte Spenglerinnen. „Die Fabrik gibt ihre Leistungen in mancher schwierigen Arbeit als besser an als die ihrer männlichen Kollegen. Die Löhne ihrer männlichen Kollegen erhalten sie aber nicht, sondern die Fabrik erzielt durch ihre Verwendung an den Bühnen einen Ertragewinn von etwa 25 Prozent.“ Dieses Vordringen und Lohndrückens der Arbeiterinnen ist sehr bedauerlich, da dadurch die ganze Arbeiterschaft schwer geschädigt wird.

Für die Ueberzeitarbeit der Arbeiterinnen wurden 178,462 (1897: 135,016) Stunden bewilligt, wovon allein 131,060 für die Bijouterieindustrie, für die übrige Metallindustrie 400 und für die Maschinenindustrie 2200. In 114 Anlagen wurden Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen zum Schutze der jugendlichen Arbeiter konstatiert, bezwungen aber nur 29 Personen bestraft; Uebertretungen der Bestimmungen zum Schutze der Arbeiterinnen wurden in 69 Anlagen festgestellt, aber deshalb nur 18 Personen bestraft. Das ist ein schreiendes Mißverhältnis und gewiß dem Vollzuge des Gesetzes nicht sehr förderlich.

In den revidirten 469 Bädereien wurden 45 Uebertretungen der bundesrätlichen Verordnung und 60 Uebertretungen der bairischen Vorschriften über die Sonntagsruhe festgestellt. Die deshalb gestellten Strafentwürfe gegen 85 Bädereien führten zu 63 Bestrafungen mit 3 bis 31 M. „Nach unseren Wahrnehmungen“, bemerkt Dr. Wörtschöffer, erweist sich die obengenannte Bundesratsverordnung bei gutem Willen als vollkommen durchführbar.“ Es haben auch Meister ausgesprochen, daß sich der Betrieb der Verordnung entsprechend einrichten lasse.

Der vielberufene „Kontraktbruch“ der Arbeiter ist nur in wenigen Fällen von nicht nemenswerther Bedeutung zur Kenntniß der Aufsichtsbeamten gelangt und dann betraf er fremdsprachliche Arbeiter, mit denen sich der Unternehmer schwer oder gar nicht verständigen kann und bei denen daher der Kontraktbruch unvermeidlich ist.

Auf die Darstellung der Arbeitseinstellungen und auf die Betrachtungen über die Arbeiterorganisationen wird noch gelegentlich zurückzukommen sein. Das Eine läßt sich, alle Einzelheiten des Berichtes zusammenfassend, konstatieren, daß sie eine neue Rechtfertigung, ein neuer Nachweis der Berechtigung und der kulturellen Nothwendigkeit der Arbeiterbewegung sind und daß andererseits die blindwüthige Scharfmacherrotte darin vergeblich nach neuem Material für ihren perfiden Kampf suchen würde.

Gemeinsame Organisation der Unternehmer und Arbeiter und Schaffung von Einigungsämtern.

Das ist das neueste Schlagwort, welches von Politikern des Zentrums und der nationalliberalen Partei angewandt wird. Es klingt so, als wollte man in jenen Kreisen ernstlich Hand anlegen, die Interessen der Arbeiter zu fördern. In Wahrheit aber dient dieser Vorschlag nur als Entschuldigungsgrund dafür, daß man den Arbeitern ein ausreichendes Koalitionsrecht vorenthalten kann. Schon die Quelle, aus der die Vorschläge fließen, sollte die Arbeiter stutzig machen. Das Zentrum erhält seine dominante Stellung wesentlich mit daraus, daß das Unternehmertum sich seiner bedient, um die Arbeiter in Abhängigkeit zu erhalten. Es wird deshalb in seiner Arbeiterfürsorge nur bis an die Grenze gehen, bis zu welcher eine Schädigung der Interessen der Unternehmer nicht eintritt. Und welchen Werth hat es, wenn ein Großfabrikant wie Herr von Heyl, der einer der heftigsten Gegner des Koalitionsrechtes — selbstverständlich nur für die Ar-

beiter, nicht auch für die Unternehmer — ist, in der Reichstagsitzung vom 9. März 1898 sagte: „Daß obligatorische Berufsvereine durch die Gesetzgebung begründet werden müssen, in welchen Arbeitgeber und Arbeiter gemeinschaftlich vereinigt den Zwecken des Friedens in der industriellen Arbeit dienlich gemacht werden sollen.“

Nunmehr liegen Anträge von Zentrums- und nationalliberalen Abgeordneten im Reichstage vor, nach welchen in der Form von Arbeitskammern solche gemeinsame Organisationen von Unternehmern und Arbeitern geschaffen werden sollen. In dem nationalliberalen Antrag heißt es unter Anderem:

1. „Den getrennten Sektionen, welche die Unternehmer von Fabriken und die Fabrikarbeiter umfassen, liegt ob: a) zur Unterstützung der Arbeiter in Fällen der Arbeitslosigkeit thunlichst Kassen einzurichten; b) Gutachten zur Förderung der gewerblichen Interessen an Staats- und Gemeindebehörden abzugeben und Jahresberichte zu erstatten; c) Wünsche und Anträge, welche die gesundheitlichen Verhältnisse der Arbeiter und die Fürsorge für Arbeiterwohnungen betreffen, zu berathen und den Behörden vorzulegen;

2. die Funktionen dieser Sektionen als Einigungsamt im Falle von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern dahin zu erweitern, daß ein gesetzlich gesicherter Verhandlungszwang eingeführt wird.“

Eine gemeinsame Organisation der Arbeiter und Unternehmer ist ein Unding. Die Interessen Beider sind nicht die gleichen, sondern sich direkt entgegengesetzte. Ohne auf den im Wesen unserer heutigen Gesellschaft beruhenden Gegensatz dieser beiden Faktoren näher einzugehen, sei nur gesagt, daß diese Gegenfälligkeit in dem Arbeitsvertrage selbst liegt. Während der Arbeiter bestrebt ist, hohen Lohn bei kurzer Arbeitszeit zu erhalten, hat der Unternehmer das genau entgegenstehende Interesse, um billiger produzieren zu können und seine Konkurrenzfähigkeit zu erhöhen. Das Unternehmertum behauptet, daß zur Durchführung der gesellschaftlichen Produktion Menschen erforderlich seien, die Eigeigenschaften besäßen. Diese Eigenschaften müßten bei den Unternehmern, die in gemeinsamer Organisation die Interessen der Arbeiter wahren wollten, in noch weit stärkerem Maße vorhanden sein, als die Durchführung der sozialistischen Produktionsweise sie erfordert. Unsere Unternehmer sind aber nichts weniger als Engel. Schrieb doch Professor Dr. Kleinwächter 1890 mit Bezug auf die Berichte der Gewerbeinspektoren über die deutschen Unternehmer Folgendes:

„Wenn man liest, in welcher geradezu erbärmlicher Weise gewissenlose Arbeitgeber sich ihren Arbeitern gegenüber benehmen, welche Nothheiten sie sich diesen gegenüber erlauben, wie sie nicht im Mindesten darauf bedacht sind, die Gesundheit und das Leben ihrer Arbeiter gegen die schädlichen Einflüsse oder die Gefahren der Arbeit zu schützen, selbst da, wo sich die erforderlichen Schutzmaßregeln mit geringen Opfern herstellen ließen, wie sie bestrebt sind, die Löhne möglichst niedrig zu halten, wie sie vor kleinlichen Winkelzügen (Truckumweisen und dergleichen), ja selbst vor direkten Verträgen (Anwendung von falschem Maß und Gewicht gegenüber den Arbeitern: bei Berechnung der Löhne) nicht zurückschrecken, nur um dem Arbeiter an seinem ohnehin schon niedrigen Lohne noch etwas abzwacken zu können — dann gelangt man nothwendig zu dem Resultate, daß diese gewissenlosen Arbeitgeber und nicht die Arbeiter die eigentlichen Urheber und Verbreiter der sozialistischen Bewegung sind, die heute die gesamte Welt durchzittert.“

Wie kann man unter solchen Umständen eine gemeinsame Organisation der Unternehmer und Arbeiter empfehlen? Nach unserer Meinung nur aus dem Grunde, um den Unternehmern das Uebergewicht zu erhalten und die Arbeiter durch Vorenthaltung des Koalitionsrechtes zu hindern, durch ihre Organisationen einen sittlich bessernden Einfluß auf die Unternehmer ausüben zu können.

Nur durch die Organisationen der Arbeiter werden Zustände, wie die von Dr. Kleinwächter kritisirten, beseitigt werden können. Selbst die Gesetzgebung wird sich ohnmächtig ihnen gegenüber zeigen, wenn nicht gleichzeitig starke Gewerkschaftsorganisationen die Mißstände zu beseitigen bestrebt sind und ungestört darauf hinarbeiten können.

Wie es mit der Stellung der Arbeiter in den gemeinsamen Organisationen aussieht, zeigt Lange in dem Buche „Die Arbeiterfrage“ treffend, indem er sagt: „In solchen Vereinen werden die Arbeiter oft auch von wohlwollenden Leuten wie reine Kinder behandelt. Während sie unter sich im Dialekte sprechen können, Fremdwörter vermeiden oder so aussprechen, wie es ihnen beliebt und wie ihre Kameraden es verstehen, mit Vermeidung aller Formalitäten auf die Sache los-

gehen, da wird ihnen in jenem Vereine vielleicht von einem redigewandten Präsidenten das Wort ertheilt, nachdem schon mehrere Genossen zierlich gesprochen haben; sie helfen sich so gut wie sie können und wenn sie vielleicht den vernünftigsten Gedanken gehabt haben, so sind sie doch entweder mißverstanden oder garnicht verstanden worden und die Verbrüderung der Stände äußert sich darin, daß der Vorsitzende sie mit freundlichstem Lächeln und sehr geringen Zeichen von Ungebuld anhört. Wenn ein Arbeiter mit in den Vorstand gewählt wird, so nennt man dies „den Arbeiterstand heranziehen“ und merkt nicht einmal, daß man den ganzen Stand in demselben Maße beleidigt und zurückstößt, in welchem man sich gegen diese Herangezogenen herabläßt.“

Lange spricht nur von den wohlmeinenden Leuten der wohlhabenden Stände. Wie aber werden sich die Dinge gestalten bei dem deutschen Unternehmertum, das mit wenigen Ausnahmen es als selbstverständlich ansieht, daß die Arbeiter als eine tiefer stehende Klasse zu gelten haben, und dementsprechend zu behandeln sind. Die staatlichen Machtfaktoren leisten dieser Auffassung des Unternehmertums nach jeder Richtung hin Vorschub, besonders dadurch, daß den Arbeitern vorenthalten wird, was die Unternehmer in ausreichendem Maße haben: das Koalitionsrecht. Die Drohung, Streikanzweiflung mit Zuchthaus zu bestrafen, die immer wiederkehrenden, gegen die Arbeiter gerichteten Neußerungen von Ministern, müssen bei den Unternehmern die Einbildung, daß sie in jeder Beziehung über den Arbeitern stehen, zur vollen Ueberzeugung reifen lassen. Unter solchen Umständen die gemeinsame Organisation der Unternehmer und Arbeiter empfehlen, heißt nichts Anderes, als die Arbeiterklasse einfach verhöhnen. Trotz aller dieser Gegensätze ist zeitweilige gemeinsame Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitern wohl möglich, aber einzig und allein auf dem Boden der getrennten Berufsorganisationen. Nur wenn diese Organisationen als zwei gleich starke und gleichberechtigte Faktoren sich gegenüberstehen, nur dann kann es zu einer Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeitern kommen, und dann erst hat ein Einigungsamt Sinn und Werth.

Heute hindert man mit einer Konsequenz, die einer besseren Sache würdig wäre, die Arbeiter daran, durch ihre Organisationen zu einem mitbestimmenden Faktor im Wirtschaftsleben zu werden. So lange dieses System bestehen bleibt, werden die sozialen Quasiabereien, wie sie in den Vorschlägen des Zenitums und der Nationalliberalen versucht werden, auch nicht die geringste Wirkung auf die feindliche Stellung der Arbeiter gegenüber den Unternehmern auszuüben vermögen. Die Arbeiter werden kämpfen in dem Bewußtsein, daß man ihnen die einfachsten, natürlichsten Rechte vorenthält, und schließlich werden auch die, welche heute Brandreden gegen die Arbeiterorganisationen halten, durch Schaden klug werden und einsehen lernen, daß die Verständigung mit einer starken Arbeiterorganisation besser ist, als ständig der Gefahr ausgesetzt zu sein, die Folgen des sozialen Krieges am eigenen Leibe, resp. am eigenen Geldbeutel zu spüren. Dann wird es Zeit sein, Einigungsämter und Schiedsgerichte zu schaffen. Früher werden sie nur ein Scheinbajonett führen und ohne wesentliche Bedeutung bleiben.

„Correspondenzblatt“.

Tätigkeitsbericht für den Agitationsbezirk Brandenburg und Pommern.

III.

Der Ausdehnung des Verbandes war ein großer Theil der Thätigkeit gewidmet. Hier ist zunächst der Grundsatz maßgebend gewesen, daß nicht nur in allen Orten der Provinz Verbindung vorhanden sein muß, sondern in erster Linie die Beziehungen, in welchen die Unternehmer zu einander stehen, untersucht werden müssen. Wenn z. B. in einer größeren Maschinenfabrik die Gießerei nicht genügend leistungsfähig ist, oder eine solche vielleicht gar nicht vorhanden, so muß versucht werden, festzustellen, woher der Guß bezogen wird. Brechen dann Differenzen aus, oder soll angriffsweise vorgegangen werden, so ist bei genauer Kenntniß der Sachlage weit eher ein Erfolg zu erwarten, oder aber es werden doch unüberlegte Schritte vermieden. Ueber die genannten Beziehungen Angaben zu veröffentlichen, ist jedoch nicht immer taktisch richtig. Nur ein Beispiel mag für heute die Wichtigkeit der Sache selbst darthun: Cüstrin ist die Kesselschmiede für Berlin. Nun aber wissen die Leser aus meinen früheren Berichten, daß die Verwaltung Cüstrin eingegangen ist, es wird also Jedermann sich sagen müssen, daß Nichts unversucht blieb, das verlorenene Feld wieder zu gewinnen. Leider muß ich be-

richten, daß bis jetzt der Erfolg ausblieb. Die Ursachen sind die folgenden: 1) Es ist für uns kein Saal zu einer Versammlung zu haben. 2) Die übergroße Mehrzahl der Arbeiter sind ungelernete, sehr leicht zu ersehen. 3) Der Gewerbeverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter ist in ansehnlicher Stärke vertreten.

Wie diese drei Faktoren zusammenwirken, davon kann man sich nur schwer eine Vorstellung machen. Die ersten beiden Faktoren allein wären kein Hinderniß, sondern werden es erst durch die Mitwirkung des dritten. Wäre in Cüstrin gar keine Organisation — also auch kein Gewerbeverein — vorhanden, so wäre es längst gelungen, unserer Organisation Eingang zu verschaffen. Die Herren vom Gewerbeverein üben jedoch einen „Terrorismus“ aus, der fast Alles übersteigt, was jemals in dieser Beziehung geleistet wurde. Nachdem ich die Verhältnisse des Ortes kennen gelernt hatte, nahm ich Rücksprache mit einem Ortsbeamten des Gewerbevereins. Wir waren uns darin einig, daß wenn beide Organisationen in erheblicher Stärke vorhanden wären, auch eine Verbesserung der mehr als elenden Zustände herbeigeführt werden könnte. Es wurde mir die Zusicherung, daß in den Werkstätten dahin gewirkt werden würde, daß Niemand der Ausbreitung des D. M.-V. hindernd in den Weg tritt. Mehr war nicht zu erlangen, und wenn dieses Versprechen eingehalten worden wäre, so ständen die Sachen heute schon wesentlich günstiger für uns. Aber das Gegenteil trat ein: der Kollege, der an die bisher nicht organisierten mit der Aufforderung kam, sie mögen an Besprechungen theilnehmen, oder sonstwie sie für den Verband zu interessieren suchte, dieser Kollege zog sich die Mißachtung seiner früheren Freunde zu, es grüßte ihn seitdem Niemand mehr! Solchem Gebahren konnte der Gewerbeverein Einhalt thun durch einfaches Einlösen des Versprechens: sich passiv zu verhalten. Ja, er mußte es einlösen, denn den Herren dämmert ja die Einsicht, daß sie allein, und ohne weitere Ausdehnung auch der vorhandenen Organisationen, eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht erzielen.

Ganz ähnlich liegen die Dinge in Landsberg. Dort haben wir zwar einen Saal, aber dafür ist der Terrorismus der Unternehmer (besonders der Firma Pauck) wieder größer, und die Einsichtslosigkeit der Leiter des Gewerbevereins noch größer! Es genügt festzustellen, daß der Vorsitzende des dortigen Ortsvereins in einer vor der Reichstagswahl in der Fabrik des Herrn Pauck abgehaltenen Versammlung einfach erklärte: daß Brod ich esse, daß Lied ich singe, also müssen die Arbeiter konservativ wählen.

Die Abweisung der Zusammenarbeit in Landsberg habe ich schon erwähnt, und kommt die Sache hier nur nochmal zur Sprache, weil unter solchen Verhältnissen der Ausdehnung des D. M.-V. bedeutende Schwierigkeiten gemacht werden. Auch hier jedoch will ich zugeben, daß weniger der Generalrath des Gewerbevereins die Schuld haben mag, als die leitenden Personen an den einzelnen Orten. Und da kommen wir gleich auf den springenden Punkt: Es sind im Gewerbeverein eine sehr große Zahl von einflußreichen Werksführern, Meistern und Vorarbeitern organisiert, die ihre Stellung aufs Spiel setzen würden, wenn sie anders handeln, als sie es thun. In Torgelow sind heute sogar noch Fabrikanten im Gewerbeverein. Diese Leute aber hemmen durch ihren Einfluß die Bewegung auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Schon mehr als einmal habe ich mir selbst die Frage vorgelegt, ob etwa durch persönlichen Meinungsaustausch mit den Herren vom Generalrath des Gewerbevereins etwas zu erreichen sei, aber stets war es der eben gedachte Umstand, der solchen Versuch mir aussichtslos erscheinen ließ.

Vielleicht wundert sich dieser oder jener Kollege, daß ich bloß zu dem Gedanken kommen kann, weil Jeder weiß, daß ich den Gewerbeverein als Gegner niemals geschont habe — aber was thut das? Kommt man mir wie früher mit falschen Darstellungen, so werde ich genau so verfahren, wie früher auch; hätte aber ein Gedankenaustausch auch nur die geringste Aussicht auf Erfolg, so würde ich das früher Geschehene niemals als Anlaß nehmen, nicht mit den Herren zu verhandeln.

Diese Ausführungen haben einen breiten Raum beansprucht, ich habe sie aber deswegen für nöthig gehalten, damit die Agitationskommissionen anderer Bezirke Kenntniß von meinen Erfahrungen nehmen. Ich füge nur noch hinzu, daß gleiches wie in Cüstrin auch noch in einer Reihe anderer Orte zutrifft, hier jedoch die Angelegenheiten noch nicht spruchreif sind. Die Schlußfolgerung glaube ich ziehen zu dürfen: Durch das Verhalten des Gewerbevereins (gleichviel

welche Personen der schuldige Theil sind) werden die für die übergroße Mehrzahl der Arbeiter in Cüstrin und Landsberg, sowie in einer ganzen Reihe anderer Orte bestehenden elenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse geradezu konservirt.

Für den inneren Ausbau unserer Organisation ist ebenfalls mit allen Mitteln gearbeitet worden. Hierher gehören die verschiedenen Rathschläge in Bezug auf die Thätigkeit der Ortsverwaltung, Revisionen etc., die ein ständiges Feld der Arbeit bilden. Ferner gehört dahin die Besprechung aller Fragen, welche die kommende Generalversammlung beschäftigen werden, insbesondere die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Es haben fast in allen Verwaltungsstellen diesbezügliche Versammlungen stattgefunden, und werde ich, sobald die letzte erledigt ist, eine Zusammenstellung des Abstimmungsergebnisses veröffentlichen.

Ferner haben, wie schon aus der Aufstellung der Mitglieder-Statistik (in Nr. 10 der M.-Z.) ersichtlich ist, Verschmelzungen einzelner Verwaltungen stattgefunden. Grabow, Bredow, Stettin und Stettin-Z. sind zu einer Verwaltung zusammengelegt, und ebenso die 4 Sektionen in Rathenow.

Meinen Bericht glaube ich nicht anders schließen zu können, als mit einem Appell an die Mitglieder im Agitationsbezirke Brandenburg und Pommern und ebenso an die Ortsbeamten. Kollegen! helft allerwärts und in jeder Beziehung mitarbeiten an dem großen Organisationswerk. Wie viel Arbeit noch zu leisten ist, davon machen nur die Wenigsten sich eine Vorstellung. Für meinen Theil habe ich die Erkenntniß geschöpft: Je mehr gearbeitet wird, desto größere Lücken zeigen sich! Lücken in der Ausdehnung, wie im inneren Ausbau unserer Organisation. Und je mehr man bestrebt ist, auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse hinzuwirken, desto mehr Gland lernt man kennen. Kollegen! Ich glaube keinen Fehlgriß zu thun, wenn ich Euch empfehle, die für die einzelnen Orte zutreffenden Auseinandersetzungen des vorliegenden Berichtes nicht nur den eigenen Kollegen, sondern namentlich den Indifferenten und den Segnern zu unterbreiten. Es wird zweifellos dadurch bargethan, daß unsere Organisation ernstlich strebt, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen.

H. Rohrlad.

Die Organisationsfrage der Former und der Formertag in Gotha.

Nachdem es nun feststeht, daß der von der Braunschweiger Kommission projektierte Formertag am 2. und 3. Osterfeiertag stattfindet, wollen wir nicht veräumen, einen kleinen Beitrag zur Beleuchtung der Situation zu liefern. Einmal müssen wir verschiedene Thatsachen feststellen, und dann die während der Diskussion über die sogenannten Einigungsbestrebungen aufgetauchten Vorschläge einer kritischen Betrachtung unterziehen.

Wir haben in Nr. 8 der Metallarbeiterzeitung behauptet, daß der Zweck der von Braunschweig ausgehenden Bewegung der sei, die im D. M. V. befindlichen Former von diesem loszureißen. Dieser unserer Behauptung ist bis jetzt von keiner Seite widersprochen worden; der bloße Versuch dazu wäre angesichts der verschiedenen diesbezüglichen Neußerungen im Glück auf auch kläglich gescheitert.

Die Braunschweiger Kommission — und mit ihr befindet sich in stillem Einverständnis der Vorstand des Zentralvereins der Former — hatte also von vorn herein die bestimmte Absicht, dafür zu wirken, daß die in Frage stehende Angelegenheit nur in ihrem Sinne gelöst werde. Trotzdem mußte man uns — die wir diese Absicht von Anfang an erkannt hatten — zu, daß wir derartigen Bestrebungen, die sich gegen den D. M.-V. richten, Vorschub leisten.

Das hätte mit den Grundlagen unseres Verbandes und mit der ganzen Anschauung, die bisher im D. M. V. über die Organisationsfrage herrschte und weiter herrschen wird, im Widerspruch gestanden, und deshalb lehnten wir die Aufnahme des betreffenden ersten Berichtes aus Braunschweig im Einverständnis mit dem Vorstand des D. M.-V. ab.

Das hat nun zur Folge gehabt, daß uns zu den früher gespendeten eine Anzahl neuer Liebenswürdigkeiten zu Theil wurden, mit denen man ja auf jener Seite gegen den bösen Redakteur der Metallarbeiterzeitung von jeher sehr freigebig war. Wir haben darauf nicht reagirt, weil wir Niemand in seinem Vergnügen stören wollen. Für unsere Stellung zur Organisationsfrage der Former sind also die persönlichen Anwürfe ohne allen Einfluß, wir betrachten diese Frage lediglich unter dem Gesichtswinkel der bestehenden Verhältnisse und vom Standpunkte der Zweckmäßig-

Zeit. Wir stellen uns auf den Boden der Thatsachen, die man auf jener Seite leider völlig unberücksichtigt läßt. Zwar hat Genosse Grenz in Nr. 38/98 des *Glück auf* geschrieben:

„Die Former sind in zwei Organisationen getrennt, überflüssig ist es, fortgesetzt darüber Auseinandersetzungen zu machen, wer daran Schuld ist (damit soll nicht gesagt sein, daß wir sie etwa fürchten [wir fürchten sie auch nicht. Red. der *Met.-Ztg.*]), sondern wir haben uns jetzt einfach mit der vorhandenen Thatsache abzufinden“, — allein wir vermüssen auf jener Seite jedes Zeichen, daß man sich auf diesen Standpunkt zu stellen Willens wäre. Denn sonst könnte man nicht so illusionäre Forderungen aufstellen, wie: die im *Met.-B.* befindlichen Former sollten aus- und zum *Z. d. F.* übertreten, oder indem man bei ev. „Anschluß“ weitgehende „Konzessionen“, Vorrechte verlangt.

Angeichts der tatsächlichen Organisationsverhältnisse der Former und speziell im Hinblick auf die Situation, in der sich der *Z. d. F.* befindet, sind derartige Verlangen geradezu unbegreiflich. Aber gewissen Leuten ist durch den Umstand, daß der *Z. d. F.* in den letzten Jahren einige Tausend Mitglieder gewonnen hat, gar mächtig der Rumm geschwollen und sie glauben nun, die Bedingungen nur so diktiert zu können. Sie übersehen dabei nur, daß der *D. M.-B.* auch Fortschritte gemacht hat; in welcher Weise, das zeigt seine soeben veröffentlichte Jahresabrechnung pro 1898.

Wir glauben, daß es schon eine Konzession wäre, wenn der Uebertritt des *Z. d. F.* nach § 23 unseres Statuts, mit Aktiven und Passiven und Gewährung der gleichen Rechte an die Uebertretenden wie sie die Mitglieder des *M.-B.* haben, sowie unter Uebernahme der Verpflichtungen, die der *Z. d. F.* an seine Mitglieder hat (Arbeitslosenunterstützung) erfolgen würde. Diese Alternative hat jedoch der Vorstand des *D. M.-B.* nicht gestellt, sondern er ging weiter und erklärte, er wolle dafür wirken, daß bei ev. Uebertritt des *Z. d. F.* in den *M.-B.* den Formern eine Vertretung im Vorstande (besolbeter Beamter) zu Theil werde. Die Realisirung dieses Vorschlages ist nach Lage der Dinge im *M.-B.* thatsächlich ein Vorrecht, weil dieser Vorstandsposten eines bestimmten Zweckes wegen geschaffen würde. Die Former und die stärkste Branche im *M.-B.*, die Schlosser und Maschinenbauer, haben bisher keine Vertretung im Vorstand durch einen besolbeten Beamten. Sie haben aber, weil sie wissen, daß ihre Angelegenheiten von den jetzigen Vorstandsmitgliedern mit der gleichen Gewissenhaftigkeit erledigt werden wie die aller übrigen Branchen, noch keine Klage über diese „Zurücksetzung“ — wie man auf Seite des *Z. d. F.* dies wohl nennen würde — geäußert. Die Former und die Schlosser und Maschinenbauer im *M.-B.* sind eben über den ungeligen Branchenbündel erhaben, möchten sich die Mitglieder im Zentralverein daran ein Beispiel nehmen! Statt dessen wird der Vorstand des *M.-B.* verdächtigt, indem es so hingestellt wird, als meine er es mit seiner Erklärung in Nr. 5 der *Met.-Ztg.* gar nicht ernst. Wieder ein Andern wendet ein: wenn auch ein Former im Vorstand säße, so werde er doch überstimmt. Das gleiche Schicksal könnte aber doch auch allen anderen Berufsgruppen passiren. Man sieht, von welcher Kleinlichen Beweggründen man sich auf jener Seite leiten läßt.

Der Vorstand des *Z. d. F.* hat sich mit einem Sprunge über die ihm so unbecommene Konzession, die der Vorstand des *M.-B.* in Nr. 5 der *Met.-Ztg.* in Aussicht gestellt hat, hinweggesetzt, indem er in Nr. 8 des *Glück auf* erklärt,

„daß in Verhandlungen über eine ev. Verschmelzung beider Organisationen einzutreten, nutzlos sei, da er nicht befragt wäre, über die Köpfe der Mitglieder hinweg irgend welche bindende Erklärungen für eine ev. Verschmelzung beider Organisationen sowie Aufgeben des *Glück auf* abzugeben.“

Dabei verschwieg der Vorstand des *Z. d. F.* — was wir nochmals ausdrücklich konstatiren — seinen Mitgliedern gerade den entscheidenden Passus der Erklärung unseres Vorstandes.

Der selbe Vorstand des *Z. d. F.* aber, der es für nutzlos erklärt, über eine Verschmelzung beider Verbände in Unterhandlungen zu treten — weil angeblich im *Z. d. F.* „schwerlich eine Mehrheit für ein Aufgehen des *Z. d. F.* im *M.-B.* zu haben sein werde“ — erklärte es in Nr. 6 des *Glück auf* für einen „tatsächlichen Fehler“ vom Vorstand des *D. M.-B.*, daß er die Leipziger Vorschläge zurückgewiesen hat. Der Vorstand des *M.-B.* sollte also in Unterhandlungen treten und bindende Verpflichtungen eingehen, ohne seine Mitglieder zu fragen, während der *Z. d. F.* eine Unterhandlung überhaupt für nutzlos erklärt!

Nun, der Vorstand des *M.-B.* wird über die An-

gelegenheit die Generalversammlung in Halle befragen, während sich der Vorstand des *Z. d. F.* um die Befragung seiner Mitglieder herumdrückt und stattdessen einen Kongreß, zu dem jeder Former Zutritt hat, für die kompetenteste Behörde zur Entscheidung in einer Frage erklärt, die die Verhältnisse bestehender Verbände aufs Innigste berührt! Einen Kongreß, dessen Arrangement Alles zu wünschigen übrig läßt und den Ufancen zuwiderläuft, die in der deutschen Gewerkschaftsbewegung gang und gäbe sind. Man behandelt den *D. M.-B.* als eine quantität negligible; man wiegt sich offenbar in dem Wahne: wenn man in Gotha vermöge der sicheren Zusammenkunft einen Beschluß zu Gunsten des *Z. d. F.* faßt, dann müsse der *M.-B.* nach der so gestimmten Pfeife tanzen. Doch das Register hat ein Loch! Was gehen den *M.-B.* Beschlüsse des *Z. d. F.* an? Denn mit Ausnahme einiger weniger anderer Vertreter wird der ganze Kongreß nur von Delegirten des Zentralvereins besetzt sein.

Damit man sich auf jener Seite ja nicht weiter in Illusionen wiege, erklären wir heute schon: unser ferneres Verhalten gegen den *Z. d. F.* wird lediglich durch die Beschlüsse, die man in Gotha faßt, diktiert sein. Eine „Kriegserklärung“ an den *M.-B.*, die die leitenden Kreise des *Z. d. F.* allem Anscheine nach planen, wird von uns entsprechend beantwortet werden. Und als eine Kriegserklärung fassen wir es auf, wenn die Versuche fortgesetzt werden, in den Reihen des *M.-B.* Unfrieden stiften zu wollen! Wenn die Mitglieder des *Z. d. F.* mit ihrer Organisation und ihren Leistungen unzufrieden sind, so mögen sie darüber mit ihrem Vorstand rechten, wir werden sie darin nicht stören, so wenig wie wir sie bisher überhaupt gestört haben. Aber wir müssen für die Folge dringend ersuchen, in Ruhe gelassen zu werden.

Man muß sich im *Z. d. F.* endlich mit der Thatsache abfinden, daß der *D. M.-B.* doch ein bedeutender Faktor geworden ist als es der *Z. d. F.* je werden könnte. Die schöne Hoffnung, daß der *M.-B.* bald „in allen Fugen kracht“, daß er banterott wird, hat sich nicht nur nicht erfüllt, im Gegentheil, der *M.-B.* ist zur stärksten Gewerkschaftsorganisation Deutschlands herangewachsen — trotz widrigster Umstände. Ein Beweis dafür, daß seine Grundlage eine gute ist. Das haben auch die Former, die ihm angehören, erkannt; oder glaubt man vielleicht, diese wären der schönen Augen der Vorstandsmitglieder, oder der des Redakteurs der *Met.-Ztg.* wegen dem Verbands begetreten? Sie haben einfach erkannt, daß ihnen ein Verband, der alle Branchen der Metallindustrie umfaßt, in dem die Risiken sich auf einen größeren Kreis vertheilen, mehr Rückhalt gewährt als eine enge Berufsorganisation. Sie sind auch völlig freiwillig beim Verbands und Niemand hat sie noch vom Austritte abgehalten, es wäre das auch ganz unmöglich. Und sie wären sicher angetreten, wenn die Vortheile, die der *Z. d. F.* bietet, ihnen so verlockend erschienen wären. — Es wird also auch dem Gothaer Formeritag nicht gelingen, sie durch einen Beschluß aus dem *M.-B.* herauszuloden. Das wird vergebliche Liebesmühe sein, nachdem es früher, wo der Verband finanziell schlecht gestellt war, trotz aller Versuche nicht gelungen ist.

Was werden nun von jener Seite für Gründe gegen eine Verschmelzung der beiden Verbände geltend gemacht? „Der Vorstand des *M.-B.* sei nicht im Stande, über die Verhältnisse in Siebereien zu urtheilen?“ Dem gegenüber steht fest, daß es bei den Lohn- u. Bewegungen der Former zur Beurtheilung der Sachlage ebensowenig wichtig ist, technische Kenntnisse zu besitzen wie bei denen anderer Branchen. Die Former stellen die Forderungen wie alle Arbeiter: Erhöhung des Lohnes, Verkürzung der Arbeitszeit u., ferner handelt es sich wie bei anderen Branchen um Abwehr von Maßregelungen, Ansperrungen, Lohnreduktionen — alles Dinge, zu deren Beurtheilung man nicht Former zu sein braucht. Und sollten wirklich einmal technische Kenntnisse erforderlich sein, so besitzen sie doch die beteiligten Former in ausreichendem Maße als selbst Vorstandsmitglieder des *Z.-B.*, die schon Jahre lang nicht mehr als Former thätig sind. Wir behaupten daher nicht zu viel und wir wollen damit auch Niemand zu nahe treten: im Vorstand des *Z. d. F.* sitzen Leute, die, wenn sie auf ihre technischen Kenntnisse und Fertigkeiten auf Grund des heutigen Siebereibetriebes sich prüfen ließen, diese Probe sehr schlecht bestehen würden.

Die Hampfsache bei allen Kämpfen der Arbeiter ist der moralische und finanzielle Hinterhalt, den die Kampfsenden bei ihren Verbandsgenossen sowie nothigenfalls bei der gesamten Arbeiterschaft finden.

Ein weiterer Einwand ist der, daß sich die Former lieber einer Branchen-Organisation anschließen als einer allgemeinen Metallarbeiterorganisation. Gewiß, manche

mögen dieses Glaubens sein, wird er ihnen doch Tag für Tag gepredigt. Aber die Thatsachen widerlegen diesen Glauben, denn es gehörten dem *D. M.-B.* Ende 1898 7922 Former (Eisen- und Metall-) und Siebereiarbeiter an, dem *Z. d. F.* aber nur 7017.

Dann wird erklärt, die Former hätten mit den übrigen Metallarbeitern keinerlei berufliche Interessengemeinschaft, eher mit Maurern und Töpfern. Diesen Einwand hat bereits Genosse Springer in der Münchner Formerversammlung vom 26. Februar in glücklicher Weise ad absurdum geführt. (S. Nr. 11 der *Met.-Ztg.*) Wir fügen dem nur noch hinzu: Die Siebereien sind häufig, ja vorwiegend mit Maschinenfabriken, Konstruktionswerkstätten u. verbunden; die Former dieser Etablissements unterstehen der gleichen Fabrikordnung, sie müssen ev. den gleichen Orts- und Fabriktranklassen angehören wie die übrigen Metallarbeiter. Und sie werden schließlich in gleicher Weise von dem Auf und Ab der Produktion betroffen.

Wenn das richtig wäre, was Grenz u. A. sagen, daß die Former keinerlei nähere berufliche Interessen mit den Metallarbeitern haben, warum strebt man dann überhaupt einen Kartellvertrag mit den Metallarbeitern und nicht vielmehr mit dem Maurer- oder Töpferverband an? Wahrscheinlich hat man doch das Gefühl, daß man sich durch Letzteres einfach lächerlich machen würde.

Damit kommen wir auf den ersten Leipziger Vorschlag, betreffend Schaffung eines Kartellvertrages, der sich auf gemeinsame Regelung der Reiseunterstützung, der Agitation und Bildung eines gemeinsamen Streikfonds erstrecken soll.

Der *D. M.-B.* ist aber doch gerade mit aus dem Grunde so wie er ist gegründet worden, um derartige komplizierte Einrichtungen, wie sie der Leipziger Vorschlag will, zu vermeiden. Der *D. M.-B.* hat seine Reiseunterstützung geregelt, er bedarf dabei keines anderen Vereins zur Unterstützung; er ist auch im Stande, die Agitation für die Former so gut wie für jede andere Branche zu betreiben; und er ist endlich im Stande, seinen Mitgliedern — wenn nicht Ausnahmefälle eintreten — ohne Erhebung von Extrasteuern Streikunterstützung zu zahlen. Er hat also keinen besonderen Streikfond nöthig!

Ein gemeinsamer Streikfond für die Former, die zwei verschiedenen Organisationen angehören, setzt voraus, daß die Former im *M.-B.*, ebenso wie die Former im Zentralverein bisher schon, dafür regelmäßig Extrabeiträge entrichten — Extrabeiträge, die wir im *M.-B.* glücklich hinter uns haben!

Oder soll vielleicht aus den Reihen der beiden Verbände ein solcher Fond gebildet werden? Wir sehen nicht ein, daß das ausführbar ist. Und zweckmäßig wäre es erst recht nicht! Es entsteht da auch sofort die weitere Frage, wer verwaltet diesen Fonds, wer übt die Kontrolle über die zweckmäßige und gerechte Verwendung desselben aus?

Wir brauchen diese Fragen nur aufwerfen, so wird jeder Einsichtige sofort erkennen, daß die Ausführung solcher Projekte nicht so einfach ist wie sie sich auf dem Papier ausnehmen. Durch ein solches Kartell würden die beteiligten Organisationen in ihrer Aktionsfähigkeit nur gestört, weil doch immer die eine auf die andere Rücksicht nehmen müßte. Es würde ihnen also ein Bleigewicht an die Füße gehängt.

Wenn ein Kartellvertrag in der vorgeschlagenen Form etwas werth, wenn er durchführbar wäre, warum hat der *Z. d. F.* bisher nicht einen solchen mit den Verbänden der Schmiede, Goldarbeiter und Kupferschmiede abgeschlossen? Man hat es unseres Wissens dabei bewenden lassen, einige völlig belanglose Vereinbarungen in Bezug auf Auszahlung der Reiseunterstützung an einzelnen Orten zu treffen, von gemeinsamer Agitation und gemeinsamem Streikfonds ist keine Rede!

Freilich ist der *D. M.-B.* nun eine bündnisfähigere Organisation als die drei genannten. Indem man auf Seite des *Z. d. F.* diese Thatsache durch das Streben auf Schaffung eines Kartellvertrages mit demselben bestätigt, hat man aber dem *M.-B.* wider Willen erst recht die Fähigkeit zugesprochen, daß er im Stande ist, bei einer Verschmelzung der beiden Organisationen die Interessen der Former nach jeder Richtung hin zu wahren und zu fördern. Wenn die „Metallarbeiter“ gut genug sind, ev. den Rückhalt des *Z. d. F.* zu bilden, warum sollen sie dann zu schlecht sein, mit den Mitgliedern des *Z. d. F.* in einer Organisation beisammen zu sein? Der *M.-B.* steht allen offen, auch den Formern des *Z.-B.*, mögen sie also übertreten; die ganzen Angelegenheiten, die auf dem komplizierten Wege eines Kartells geregelt werden sollen, sind dann mit einem Schläge einer Lösung, und zwar der einfachsten und besten entgegengeführt.

Wenn kein Kartellvertrag, dann: Formerverband als Zweigverband des D. M.-V. mit weitgehendster Autonomie, Selbstverwaltung und Selbstbestimmung, eigene Formerverzeitung — lautet ein anderer Vorschlag. Merkwürdiger Weise geht dieser Vorschlag von dem Genossen Höchner aus, der auf der Konferenz des Z. d. F. in Memmingen am 4. September 1898 in maßloser Weise über den M.-V. herfiel. (S. Beilage des „Glück auf“ Nr. 39, 1898.) Er sprach da u. A. von der „Arroganz gewisser Haupthähe“ im M.-V., und gab sich den Anschein, als glaubte er, die „Einigungsbewegung“ sei eine Machete des D. M.-V.! Er sagte, er halte das Ganze „für eine von gewisser Seite (M.-V.) inszenierte Machete, um Gelegenheit zu suchen, einen erfolgreichen Fischzug in unseren heimischen Gewässern (dem Z. d. F.) vorzunehmen! Diesen „Fischzug“ will nun Höchner wett machen; als ein neuer Kattenfänger von Hanieln sucht er durch einen „schlau“ angelegten — aber sehr durchsichtigen — Plan die „Kinderlein“ aus dem M.-V. herauszulocken. Um die Sache recht harmlos zu machen, schlug er am 26. Februar in München noch vor, die Former sollten aus beiden Verbänden austreten und einen neuen Verband als Zweigverband des M.-V. bilden!

Nein, Herr Höchner, Sie sind durchsichtig! Ihre Absicht läuft einzig darauf hinaus, eine allmähliche Zerstückelung des M.-V. herbeizuführen! Denn die gleichen Rechte, die die Former dann im M.-V. hätten, würden auch die anderen Branchen mit Recht beanspruchen können, der Verband würde an inneren Streitigkeiten sich verzerrern!

Ist es nicht geradezu auffallend, daß von jener Seite, die den M.-V. für sich tributpflichtig machen will, derartige Präzessionen erhoben, besondere Forderungen gestellt, Garantien verlangt werden? Unseres Erachtens geschieht das mit der Nebenabsicht, um im Falle der Nichtgewährung im Trüben fischen zu können!

Man beruft sich da auf die den Verwaltungsstellen des M.-V. von über 3000 Mitgliedern gewährten Vorrechte, speziell auf Berlin. Erstens gehen diese „Vorrechte“ nicht so weit, wie man sich das vorstellt — z. B. haben die Berliner keine eigene Zeitung — und dann handelt es sich nur um einen Ort, der eine stabile und geordnete Verwaltung hat. Berlin bildet keinen Verband im M.-V., wie ihn der Formerverband nach dem Höchner'schen Plane bilden würde.

Der Höchner'sche Plan ist also für den M.-V. unannehmbar. Wer der Vortheile, die der M.-V. unstrittig bietet, theilhaftig werden will, muß sich schon „herablassen“, ein Gleicher unter Gleichen zu sein!

Noch einige Worte über die Tagesordnung des Formertages; nach der neuesten Bekanntmachung in Nr. 10 des „Glück auf“ lautet dieselbe:

- 1) Die Organisationsverhältnisse der Former und wie sind diese zu regeln?
- 2) Diskussion über die bis jetzt gemachten Vorschläge.
- 3) Die künftige Organisation in unserem Berufe.

Drei Punkte stehen angeblich auf derselben, und doch ist es nur einer. Bei jedem kann und muß das Gleiche gesagt werden! —

Von den Anhängern des Z. d. F. selbst ist dem Formertag das Prognostikon gestellt worden, daß er ausgehen würde wie das Hornberger Schießen. Wie könnte auch ein Formertag, der in solcher Weise wie dieser arrangiert ist, zur Klärung und Lösung einer so wichtigen Frage etwas beitragen? Es fehlen ihm dazu die nötigen Voraussetzungen und auch die Kompetenz. Seine Berufung auf Öiern erfolgte ja nur unter dem Eindrucke der Furcht, daß zu jedem anderen Zeitpunkt die Former des M.-V. in einer ihrer Zahl entsprechenden Stärke darauf vertreten sein könnten.

Die Beschlüsse, die in Gotha gefaßt werden, bewegen sich wahrscheinlich in der Richtung, wie die verschiedenen Kundgebungen des Vorstandes und diverser Mitglieder des Z. d. F. In diesem Falle wird das Resultat ein negatives sein. Die Schuld daran wird den „treibenden Elementen“ im Lager des Z. d. F. zur Last fallen, die es nicht anders gewollt haben!

Landeskongress des D. M.-V. von Braunschweig und angrenzende Bezirke.

Abgehalten am 5. März 1899 zu Helmstedt.

Die Konferenz wurde eröffnet durch den stellvertretenden Obmann der Agitationskommission, Kollege Unverzagt. Tagesordnung: 1) Bericht und Abrechnung der Agitationskommission. 2) Unsere Agitation. 3) Die Generalversammlung in Halle. 4) Beratung anderweitiger Anträge und Diskussion.

Der Vorsitzende verabschiedete den hektographierten Geschäfts- und Kassenericht vom 1. April 1898 bis 2. März 1899. Die Einnahme ergab M. 223,16, die Ausgabe war M. 79,98, Kassenbestand am 2. März 1899: M. 143,18.

Die Berichte wurden nach einigen Auseinandersetzungen für richtig befunden.

Bei Punkt 2 stellt Kollege Ritter an die Konferenz das Ersuchen, ihr Augenmerk auf die neuen Zwangsimmungen zu richten. Die meisten Redner waren der Ansicht, daß nach Möglichkeit dahin gestrebt werden müsse, organisierte Kollegen in die Gefellenausschüsse zu bekommen.

Antrag Grashof: „Die Konferenz des Herzogthums Braunschweig und angrenzenden Bezirke ersucht die Generalversammlung in Halle, einen besoldeten Vertrauensmann für das Herzogthum Braunschweig und Sachsen-Anhalt anstellen zu wollen.“ Sämtliche Redner sprachen ihre volle Sympathie für den Antrag aus und bemerkten, daß gerade die kleinen Ortschaften am wenigsten mit der Agitation berücksichtigt würden. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Hierauf trat um 1 Uhr Mittagspause ein.

Um 3 Uhr nahm die Konferenz ihren Fortgang. Die Mandatsprüfungskommission beantragt, sämtliche Mandate für richtig zu erklären. 5 Ortschaften waren durch 9 Delegirte vertreten.

Der Antrag Grashof: „Die Agitationskommission zu beauftragen, den Jahresbericht zwei Wochen vor jeder Konferenz den einzelnen Ortschaften einzuschicken.“ wurde angenommen. Ein weiterer Antrag Grashof lautet, daß „mindestens alle 2 Jahre eine Statistik des gesammten Herzogthums Braunschweig herausgegeben und die Kosten hierfür von den Ortschaften prozentual aufgebracht werden.“ Der Antrag wurde angenommen.

Bezüglich des 1. Mai wird den Delegirten anheimgegeben, so viel wie möglich für den Ruhetag einzutreten. Alsdann wurde beschlossen, Marken zu 10 S an dem Tage herauszugeben.

Kollege Jzelt stellt den Antrag: „Dem Obmann der Kommission sind alle die Gesundheit und das Leben der Arbeiter gefährdenden Uebelstände wahrheitsgemäß mitzutheilen. Der Obmann hat diese Klagen dem Gewerbeinspektor zu melden und ihn zur sofortigen Beseitigung derselben anzufordern. Diese Besäwerden sind in einem zusammengefaßten jährlichen Bericht in der „Met.-Btg.“ und im „Volksfreund“ zu veröffentlichen.“ Angenommen.

Zu Punkt 3 referirt Kollege Grashof über die Arbeitslosenunterstützung. Er führt aus, daß diese Frage von verschiedenen Seiten nicht richtig begriffen sei. Durch erhöhten Beitrag mit Arbeitslosenunterstützung würde eine stabile, kampffähige Organisation geschaffen werden können.

Eine mit den Ausführungen des Referenten sich deckende Resolution wurde mit 7 gegen 2 Stimmen angenommen.

Eine scharfe Kritik wurde der Kommission der Former Braunschweigs durch den Kollegen Grashof zu Theil. Kollege Unverzagt verwahrt sich gegen die Ausführungen desselben. Nicht der Kommission, sondern dem Redakteur der „M.-Z.“ sei ein großes Stück Schuld zuzuschreiben. (Wir haben doch den Formertag nicht einberufen. Red.) Folgende Resolution wurde angenommen: „Die heutige Konferenz ist der Ansicht, daß zwischen dem D. M.-V. und dem Zentralverein der Former eine Einigung geschaffen wird in Bezug 1) auf Steigerung der Unterstützung, 2) auf Streikunterstützung, 3) auf Agitation. Die Konferenz sieht es für einen Fehler an, daß der Formertag zur selben Zeit tagt, wie die Generalversammlung des D. M.-V.“ — Es stimmten 5 Delegirte für, 1 gegen die Resolution.

Der Agitationskommission wurde zur Pflicht gemacht, für die Erhaltung des Arbeitsnachweises im Herzogthum Braunschweig agitatorisch einzutreten.

Als Sitz der Agitationskommission wurde wieder Braunschweig bestimmt.

Die nächste Konferenz findet in Goslar statt. Mit einem Appell an die Delegirten für die nächstjährige Konferenz eine regere Agitation zu entfalten, wurde die Konferenz um 7 Uhr geschlossen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

In unsere Mitglieder in Frankfurt a. M.

Das letzte Wort in der Sache Dejung betitelt sich ein von den Mitgliedern der früheren Ortsverwaltung der Allgemeinen Verwaltungsstelle in Frankfurt a. Main, Joh. Frehm, E. Demmel, K. Mayer, W. Merle, M. Wiesner, P. Zoller und dem früheren Mitgliede des Ausschusses H. Knopf herausgegebenes Flugblatt, in welchem diese Personen ihren Austritt aus dem Verband wegen der Haltung des Vorstandes und Ausschusses in der Sache Dejung erklären.

Wenn wir es auch ablehnen, auf den „den Verbandsinstanzen“ (Ausschuss und Vorstand) gemachten Vorwurf, daß sie in feiger Weise gehandelt hätten, einzugehen, weil für uns und jeden denkenden Menschen klar ist, daß die das Flugblatt erlassende frühere Ortsverwaltung nicht gerade sehr tapfer sich zurückgezogen, als sie ihr Amt in der Versammlung am 26. November 1898 niederlegte, um einer ihr unangenehmen Abstimmung zu entgehen, und wenn auch die Austrittserklärung der Genannten kurz vor Zusammentritt der letzten und höchsten Verbandsinstanz ebenfalls nicht gerade von großem Muth zeigt, so erachten wir es doch für unsere Pflicht, unseren Mitgliedern darüber Klarheit zu geben, warum wir die Abschrift des Untersuchungsprotokolls über die Sache Dejung verweigerten.

Als der Vorstand, von der damals amtierenden Ortsverwaltung zur Prüfung der Sache Dejung angerufen, seine Entscheidung fällte, geschah dies nicht auf Grund des Untersuchungsprotokolls allein, sondern auf Grund des gesammten vorliegenden Belastungsmaterials gegen Dejung, und ist in der in der Entscheidung angeführten Begründung auch nur der Feststellungen Erwähnung gethan, die der Vorstand für wesentlich hielt. Die frühere Ortsverwaltung konnte also aus den Entscheidungsgründen des Vorstandes sehr wohl das Material erkennen, beanstanden und etwa fehlendes in ihrem Protest moniren. Anstatt dies zu thun, verlangte sie die Protokollabschrift, die auch verschiedenes nach Ansicht des Vorstandes Unwesentliches enthält. Der Vorstand hatte aber die Pflicht, das Wesentliche

von dem Unwesentlichen getrennt zu halten und lehnte die Protokollabschrift mit der ausdrücklichen Begründung ab, daß nur die in der Entscheidung aufgeführten Gründe für den Vorstand maßgebend gewesen seien.

Wenn die frühere Ortsverwaltung diesen Thatbestand den Mitgliedern verschweigt, so thut sie das wider besseres Wissen und täuscht die Mitglieder über den wahren Sachverhalt.

Wie lächerlich übrigens die Behauptung der Flugblattunterzeichner ist, daß die Verweigerung der Protokollabschrift ihnen die Weiterverfolgung der Sache unmöglich gemacht hat, geht daraus hervor, daß der Mitunterzeichner M. Wiesner nach erfolgter Austrittserklärung dem Vorstand in einem acht eng beschriebene Postquartetten umfassenden Schreiben seine Einwendungen auch ohne Protokollabschrift nachträglich mittheilte.

Dasselbe gilt von dem Einwand, daß durch Wahl des „belaunten Burenfreunds“ Dejung die Sache auf der Generalversammlung nicht zur Sprache gebracht werden könnte. Ganz abgesehen davon, daß in der Nähe Frankfurt noch Delegirte wohnen, hätten die Flugblattunterzeichner es wohl ohne Schwierigkeiten durch direkten Antrag an die Generalversammlung erreichen können, daß einer aus ihrer Mitte auf der Generalversammlung die Beschuldigungen vertreten konnte (ohne daß ihnen Kosten daraus erwachsen wären).

Daß sie diesen Weg nicht einmal zu betreten vermocht, sondern unter Verzicht auf ihre Rechte sich vom Verband zurückgezogen haben, dürfte zur Genüge beweisen, wie ernst es ihnen mit der Verfolgung der Sache und wie wenig Erfolg versprechend ihr Beweismaterial ist. Dies geht ja auch aus dem Antrag auf Indizienbeweis durch einen bürgerlichen Gerichtsexperten hervor.

Stuttgart, im März 1899.

Der Vorstand.

Bekanntmachung.

An die Zentralwahlkomitees richten wir hierdurch das Ersuchen, uns sofort nach Zusammenstellung der Wahlergebnisse den Namen (Vor- und Nachnamen), den Beruf und die Wohnung der gewählten Delegirten mitzutheilen.

Sodann theilen wir den Delegirten mit, daß sich in Halle a. Saale das Lokalkomitee gebildet hat. Dasselbe übernimmt die Besorgung von Logis für die Theilnehmer der Generalversammlung und wollen sich alle die Delegirten, denen daran gelegen ist, gleich ein Logis angewiesen zu bekommen, umgehend wenden an den Vorsitzenden des Lokalkomitees Kollege

W. Hünze, Restaurateur, Gr. Ulrichstr. 50, I. Halle a. S. Es wird sich empfehlen, wenn die Delegirten in ihren diesbezüglichen Anträgen auf Wohnungsnachweisung gleich angeben, ob sie auf ein Gasthaus oder Privatlogis rekurrieren und wie viel sie für dasselbe ausgeben wollen.

Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten:

- Nr.
- 138262 des Schlossers Reinhold Hartmann, geb. zu Grimma am 9. Dezember 1878.
 - 178545 des Schlossers Otto Huber, geb. zu Heiligenburg am 9. Oktober 1867.
 - 227420 des Kleinereis Johann Staftzid, geb. zu Teublich am 5. März 1880.
 - 250386 des Schlossers Arthur Michael, geb. zu Leipzig am 30. September 1872.
 - 265259 des Nieters Wilhelm Wülf, geb. zu Gnißau am 20. August 1874.
- Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3 Abs. 7 a u. b des Statuts:
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Halle a. S., Seil der Feilenhaue, die Feilenhauer
 - Arno Belschmidt, geb. zu Niederschlema am 1. Juni 1880, B.N. 270,726,
 - Otto Feuer mann, geb. zu Ammenborn am 1. Februar 1878, B.N. 122,897.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Heddenstraße 160/1, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Zur Abwehr.

Die Polemik zur Frage der Arbeitslosenunterstützung ist, wie Kollege Schlichte die Situation benennt, „an einem eigentlichen Punkt angelangt“. Dies ist mindestens sehr rührend und zart ausgedrückt. Es muß doch schon ziemlich stark aufgetragen worden sein, wenn Schlichte, und zwar mit vollem Recht, in Bezug auf die Dejung'sche Polemik: „Meinungsanstausch oder Zank“ schrieb: „Nachdem die Sache so weit gediehen ist, wird natürlich Jeder auf weitere Auseinandersetzung mit Dejung verzichten.“ Auch ich verzichte auf eine weitere Auseinandersetzung, doch fordere ich den Kollegen Dejung auf, mir nachzuweisen, wo ich ihm persönliche Motive untergeschoben habe oder auch nur gefällig wurde! Ausdrücke, wie: „Leute vom Schlege Düwoll“ u. „früher hätte der Vorstand sich derartige Mitarbeiterchaft verbeten“ sind so deutlich, daß sie nicht das Ansehen Dejung's heben. Selbst auf die Gefahr hin, nochmals seinen Fort zu erregen, erjuche ich die Kollegen, besonders die Delegirten, wiederholt, aufmerksam die Dejung'schen Ausführungen zu studiren. Ich zweifle sehr stark daran, daß sich außer Dejung noch Jemand findet, der sie meiner Polemik gegenüber als die sachlicheren bezeichnet. Ich habe keine verschiedenen Ausführungen einander gegenüber gestellt; wenn die Konsequenz daraus nun von ihm als Anwürfe empfunden werden, was kann ich dazu? Und wenn er dann mit seinem Latein zu Ende ist und ohne etwas zu widerlegen — noch „sachlicher“ wird, wie bisher, dann ist das sehr bezeichnend, spricht aber auf keinen Fall für die Gründe gegen

die Arbeitslosenunterstützung, wohl aber für die Sachlichkeit und Gründlichkeit der befürwortenden Polemik. Weiter habe ich zu dem Dejung'schen „Meinungsaustausch“ nichts zu sagen.

Kurz muß ich mich aber gegen einen Angriff wenden, der auch eine Folge meiner Stellung zur Arbeitslosenunterstützung ist. Es betrifft den Versammlungsbericht der Zahlstelle Bochum in Nr. 10. „Böswillige Verleumdung“ wird mir da vorgeworfen. Warum? Ich hatte in Nr. 6 gegen einige Bochumer Metallarbeiter polemisiert. Meine Polemik fällt und steht mit der Behauptung, die Betreffenden seien als Gegner der Gewerkschaften bekannt. Ich meine natürlich Gegner in dem Sinne, wie wir deren eine ganze Reihe haben, die der gewerkschaftlichen Organisation als solcher kein selbstständiges Auftreten zuerkennen, dieselbe vielmehr als bloßes Anhängsel für die politische Partei betrachten. Daß nach dieser Richtung meine Behauptung stimmt, wurde mir noch in den letzten Tagen vielfach bestätigt, von Niemand bestritten. Uthman selbst lehnte die Beantwortung einer diesbezüglichen direkten Anfrage ab mit Berufung auf seinen „Ehrenstandpunkt“, nicht mit zu polemisieren!

Woher nun der verurtheilende Beschluß der Versammlung? Wichtig ist, daß in der allerdings schwach besuchten Versammlung einige Kollegen den mißfallenden Ausführungen Uthman's aber mein Eingehen zustimmten — weil durch dasselbe die Zahlstelle geschädigt werde und zwei Mann nicht die ganze Zahlstelle tyrannisieren könnten. Daß das Verhalten Uthman's welches meine Polemik hervorrief, zunächst geschädigt hat, hat mir der Bevollmächtigte ausdrücklich erklärt. Nun entspricht der Bericht aber nicht den wirklichen Vorgängen. Auf jeden Fall lautete der Beschluß nicht wie der Bericht besagt. Dazu kam derselbe zufällig noch so zu Stande, daß erst nach erfolgter Annahme auch verschiedene Vorstandsmitglieder aufmerksam wurden. Dann weigerte sich der Schriftführer auch, einen Bericht über die Angelegenheit zu veröffentlichen, weil der Beschluß keine Widerlegung des Eingekündigten sei. Die ganze Angelegenheit führte schließlich dazu, daß in einer späteren Versammlung die Neuwahl der Ortsverwaltung vorgenommen werden mußte. Von Verwaltungsmitgliedern wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß sie das Verhalten Uthman's als Tyrannei empfänden.

Zum Schluß noch das Eine. Ich frug den Bevollmächtigten, der den Versammlungsbericht angefertigt, wie er denn dazu komme, von böswilliger Verleumdung zu schreiben? Der Beschluß laute doch nicht so und er wisse doch bestimmt, daß ich nicht verläumdete! Die Antwort lautete: „So genau muß man das Wort nicht nehmen!“ Nun, ich nehme es ihm nicht krumm, bin ich doch überzeugt davon, er meinte es nicht böse. Doch nöthigte mich der Ausdruck zur vorstehenden kurzen Klarlegung.

Da ich nun einmal das Wort genommen, will ich auch noch kurz auf die rein sachliche Entgegnung des Kollegen Mentrop antworten. Er schrieb zu meinen Ausführungen wegen der von Kollege Dejung geforderten Stichprobe: „Mit denselben Rechte können wir den Spieß umdrehen.“ Er will damit sagen, daß auch die Befürworter der Arbeitslosenunterstützung aus dem Anhörverier Klagen vorzubringen hätten, mithin die Arbeitslosenunterstützung nichts taue. Zu diesem Schluß mußte er kommen, wenn ich als Beweis für die Güte der Arbeitslosenunterstützung die Gegner über zerrüttete Organisationsverhältnisse an ihren Orten berichten lasse. Ich kann dem Kollegen St. nur bemerken, daß er sich sehr verhalten hat. Gerade ich habe Dejung gegenüber durch die gezeichnete Thatsache nachgewiesen, oder nachweisen wollen, daß Stichproben für die vorliegende Frage ein Urding seien. Zudem ist es noch ein sehr großer Unterschied, ob die Organisationsbedingungen Anlaß zu lebhafte Klagen geben oder ob über zerrüttete Organisationen geklagt wird.

Wilh. Düwelle.

Korrespondenzen.

Formet.

Alt- und Hengersdorf. Der Streik der Formet dauert ununterbrochen fort. Es haben sich bis jetzt 14 Formet als Arbeitswillige gefunden. Die Ausständigen haben beschlossen, wenn kein Vergleich mit der Firma zu Stande kommt, lieber abzureisen, als sich bedingungslos zu unterwerfen.

Bielefeld. Anfangs Februar machte ich in Delde, einem Ort von circa 4600 Einwohnern, gute Erfahrungen in der Agitation, es fanden zwei Besprechungen zwecks Organisation statt. Es gelang auch, 22 Mitglieder, meistens Formet, dem D. M. B. zuzuführen. Hierdurch angezureicht, wurden dann einige Uebelthäter bei der Firma Kröger u. Rabe aufgeleitet. Es wurde ein höfliches Gesuch an die Firma gerichtet, dahingehend, für die Zukunft für den nöthigen Formstand und Modelle zu sorgen, damit die Formet nicht Tage lang, ohne arbeiten zu können, herum zu stehen brauchen und nicht zu verhungern. Auch für die nöthigsten Schutzvorrichtungen möge gesorgt werden. Diese Wünsche wurden von sämmtlichen in der Fabrik beschäftigten Arbeitern unterzeichnet und von einer Kommission (1 Dreher, 1 Formet, 1 Schlosser) der Firma vorgelegt. Darauf erklärte Herr Rabe: „Nun, das wäre ja nett, ich soll Euch das unterschreiben, dann müßte ich wohl erst weiße Handschuhe anziehen und meinen Hölzler aufsetzen, das gibt's nicht!“ Die Folge war, daß am andern Tage ein Formet entlassen wurde, worauf sämmtliche Formet ihre Kündigung einreichten. Vorher hatte aber Herr Rabe versprochen, in drei Monaten keinen zu entlassen. Nachdem der entlassene Formet Papiere und Geld erhielt, stellte sich heraus, daß derselbe bei einem vereinbarten Werk das Stück mit 35 statt mit 75 A berechnet wurde, so daß derselbe in drei Wochen — ja gar nicht mehr — ganze 20 A verdient hatte. Als nun die Formet wegen Fehlens einer Eisenplatte in einer Woche nicht weiterarbeiten konnten, verlangten dieselben auf Grund des § 124 B. G. der Gewerbeordnung ihre Entlassung, welche aber nicht ertheilt, sondern erst mit Hilfe der Besörde beschafft werden mußte, wobei sich herausstellte, daß keiner seinen verdienten Lohn erhalten hatte. So ein Formet mußte sogar noch 5 A mitbringen! Die Löhne sind für den besten Arbeiter durchschnittlich 38—40 A für 14 Tage, die andern verdienen 34—48 A und 20—28 A. Auch hat sich in der Woche vom 5.—11. März der Vorarbeiter Igeler veranlaßt

gefühlt, des Abends eine Eisenstange als Waffe aus der Fabrik mitzunehmen, vielleicht um sich damit zu schützen. Oder wollte derselbe seine Kollegen resp. Arbeiter damit verheulen? Sämmtliche Formet und 2 Dreher haben den Kollegen betreten, um auf diese Weise in den Besitz ihres verdienten Lohnes zu gelangen. Auch sind die sämmtlichen Ausgetretenen wieder anderweitig untergebracht. Wozu fernere die „Wohlfahrtsvereinigungen“ in der Art von Arbeiterwohnungen dienen, geht aus folgendem, an einen entlassenen Formet gerichteten Schreiben hervor:

„Delber Maschinenfabrik und Eisengießerei Kröger u. Rabe.“

Delde, den 8. März 1899.

Herrn „Hier.“

Da Sie gestern Abend gekündigt haben, über 14 Tage nicht weiter zu arbeiten, so kündigen wir Ihnen hiermit die Wohnung und haben Sie selbige in 14 Tagen zu räumen.

Achtungsvoll

Delber Maschinenfabrik und Eisengießerei Kröger u. Rabe.“

Daß auch Geschäftsleute einen Druck auszuüben suchen, zeigt folgendes Schreiben:

„Mittheilung von J. Wieje.“

Bielefeld, den 8. März 1899.

An Herrn „Formmeister in Delde i. W.“

Wie ich in Erfahrung gebracht, haben Sie Ihre Stellung bei den Herren Kröger u. Rabe gekündigt und muß Sie erlauben, mir mein Guthaben lt. Rechnung einzufordern. Im anderen Falle nehme ich Bezug auf das von Ihnen unterzeichnete Schreiben vom 6. Juli 1898, worin bemerkt, daß die Sachen, so lange dieselben nicht bezahlt sind, mein Eigentum bleiben. Ich komme in einigen Tagen nach dort.

R. L. Wieje.“

Dieses genügt vorläufig, um die Situation in Delde klar zu legen.

H. Bunte, Vertrauensmann für Weisfalen.

Esslingen. Der Streik der Formet bei der Firma Fris Müller dauert fort. Ein Streikende sind laut Vereinbarung in Arbeit getreten, mit der Bedingung, daß die Ausständigen in den nächsten Tagen auch wieder eingestellt werden. Das ist aber nach den Aussagen des Herrn Müller vom Samstag nicht der Fall und wird auch nicht so schnell eintreten, da die Modelle auswärts seien und dort angefertigt würden. Wie es scheint, sucht die Firma die Sache in die Länge zu ziehen, um dem Verband recht viele Kopien auf den Hals zu laden. Zugut ist deshalb strengstens fernzuhalten.

Hannover. Am 15. März fand im Ballhofsaale eine vom Vertrauensmann der Provinz Hannover einberufene öffentliche Formetversammlung statt, welche sich hauptsächlich mit der Frage der Beschickung des Formertages beschäftigte. In einer am 19. Februar abgehaltenen öffentlichen Formetversammlung, in der zwei Kollegen von der Braunschweiger Kommission als Referenten anwesend waren, wurde beschlossen, zwei Delegirte zum Formertage zu senden, einen vom D. M. B. und einen vom Zentralverein und wurden dieselben auch gewählt. Nun waren aber in der Versammlung nur 7 Formet des D. M. B. anwesend, daher glaubte der von ihnen gewählte Delegirte und noch einige Mitglieder unseres Verbandes die Verantwortung für diese Wahl, sowie für die nöthigen Kosten nicht auf sich nehmen zu können, worauf dann die Versammlung am 15. März stattfand. Dasselbe war von ca. 90 Personen besucht. Etwa ein Drittel gehörte dem D. M. B. an, Einige waren unorganisirte, die übrigen waren Mitglieder des Zentralvereins. Nach längerer Diskussion, in welcher von Mitgliedern des J. B. versucht wurde, ihre Organisation als die allein richtige für die Formet hierzu stellen, was aber von den Mitgliedern des D. M. B. bestritten wurde, wurde beschlossen, die in voriger Versammlung gewählten Delegirten zu entsenden. Somit wäre die Behauptung der Mitglieder des J. B., die Mitglieder des D. M. B. ließen sich von ihrem Vorhange beschränken, hinfällig. Es wurde dann eine Kommission von 5 Mann gewählt zur Aufbringung der Kosten. In der Debatte wurde von einem Mitgliede des J. B. behauptet, der M. B. habe im Gründungsjahre 1891 59.000 Mitglieder gehabt, während er jetzt nur noch 41.000 zähle, mithin sei der Verband zurückgegangen, während im J. B. die Mitgliederzahl gestiegen sei. Dieses wurde vom Vertrauensmann der Metallarbeiter nach statistischen Angaben widerlegt. Nachdem dieser Punkt erledigt, wurde noch darüber debattirt, wie sich die Mitglieder des M. B. zur Gründung einer Sektion stellen, da dann vielleicht etwas mehr geschafften werden könne in der Agitation. Es wurde beschlossen, diesen Punkt vorläufig zu vertagen und zwar mit Rücksicht auf den Formertag.

Hamburg. Am 11. März tagte hier eine öffentliche Formetversammlung, die sich mit der Bedeutung des Formertages in Gotha beschäftigte. Nach erfolgter Bureauwahl eröffnet der Vorsitzende den bisherigen Verlauf der Verhandlungen zwischen den Hauptverbänden des M. B. und des J. d. F. Da die Verhandlungen zu keinem Resultat führten, ist der Formertag einberufen worden. Dort sollen die Formet selbst über ihre Organisationsfrage bestimmen. Redner ermahnt die Versammlung, einen Delegirten nach Gotha zu schicken. Kollege Schulz bedauert, daß der Organisationsstreit immer noch fortdauert. Es müßte doch jedem aufgeklärten Arbeiter einleuchten, daß wir heute nur noch mit den Industrieverbänden den Unternehmern erfolgreich entgegenzutreten können. Früher hätten die Unternehmer von uns gelernt, jetzt müssen wir von den Unternehmern lernen. Dieselben setzen uns geschlossen gegenüber. Er ist für Verschmelzung der beiden Organisationen. Von dem Formertag verspreche er sich nichts. Wenn die Braunschweiger den wahren Frieden wollten, dürften sie nicht den Formertag auf denselben Tag einberufen, wo die Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes stattfindet. Den Formertag zu beschicken, sei zwecklos. Engelmann-Hamburg: Wenn der Hauptverband des M. B. die geplante Konferenz nicht so früh abgeschlossen hätte, wären wir heute bedeutend weiter. Dann wäre unter Umständen die Einberufung des Formertages nicht nöthig gewesen. Wir sind verpflichtet, den Formertag zu beschicken. Kollege Quandt ermahnt, daß der J. B. gewarnt sei, doch seien es meistens junge Leute, die zum Theil dem M. B. abspännig gemacht sind. Die jungen Kollegen müssen erst zu flompbenutzten Arbeitern erzogen werden. Für die geistige Bildung der Mitglieder würde im J. B. der Formet nicht viel gethan, weil es am Kräften und

Mitteln fehle. Bei den Unternehmern gibt es keine Berufsjahrgänge, dieselben stehen geschlossen da, wenn es gilt, die Arbeiter zu bekämpfen. Zu dieser Einsicht sollten die Formet endlich kommen und den Kampfsgeist abschütteln. Es war nicht ethisch, den Formertag auf denselben Tag einzuberufen, wo die Generalversammlung des M. B. stattfand. Der Formertag müßte verschoben werden bis Pfingsten. Redner rath ab, denselben zu beschicken, es wäre schade ums Geld. Gertha ist der Ansicht, daß durch den Formertag der Keil noch tiefer zwischen die beiden Organisationen getrieben werde. Man sollte angehts der Zuchtansvorlage sich einigen auf Grund der vom Vorstand des D. M. B. gemachten Vorschläge. Der Formertag sei zwecklos. Engelmann befürchtet, selbst wenn der J. d. F. zum M. B. überträte, würde es bald zu Streitigkeiten kommen, denn die eine Seite in der „Metallarbeiter-Zeitung“, welche eventuell den Formetern zur Verfügung stünde, würde nicht genügen. Diese letzte Aeußerung gibt Kollege Quandt Beranlassung zu rügen, daß im „Glück auf“ alles aufgenommen würde. Jede persönliche Streitigkeit würde in den Versammlungsberichten breitgetreten. Auch die Verlobungs- und Hochzeitsanzeigen usw. mit den üblichen Mandementsungen gehören nicht in's Fachblatt. Dieser Platz könnte besser benutzt werden. Guto konstatirt, daß früher Schwarz selbst gesagt habe, er sei für Industrieverbände, er ist aber von den Formetern umgestimmt worden. Auf dem Frankfurter Kongress hat er sich seiner Stimme enthalten. Die Führer des J. d. F. seien schuld an den heutigen Zuständen. Die Behauptung, daß die Interessen der Formet im M. B. nicht vertreten würden, ist eine leere Redensart, welche durch nichts bewiesen ist. Die Formet sollten ihren alten Branchenstolz abschütteln, denn sie würden doch von Tag zu Tag immer mehr zu Vorklaven herabgedrückt. Der Formertag ist zu einer unpassenden Zeit einberufen. Redner ist gegen Beschickung desselben. Nachdem noch mehrere Redner für und wider die Beschickung des Formertages gesprochen haben, wird zur Abstimmung geschritten. Es wurde gegen 13 Stimmen beschlossen, den Formertag nicht zu beschicken. Im „Verschiedenen“ ermahnt Kollege Guto die Formet, dahin zu wirken, daß die Akkordarbeit so weit abgeschafft werde, und wo das nicht möglich ist, daß bei Ausschluß der Lohn garantiert wird. Diesen Ausführungen pflichtet die Versammlung bei.

Kiel. Situationsbericht vom Formetstreik auf den Hovaldtwerken. Der Stahlhofen der betriebsunfähig war, ist am 13. März wieder in Thätigkeit gesetzt worden. Arbeitswillig sind bis dato: ein Formet Kassei und ein Kernmacher Köder, beide aus Magdeburg, ferner der Sohn des Kommerzienraths G. Hovaldt, der im Schweiße seines Angesichts zum Erbs für die Streikenden thätig ist. Zum Stahlgießen benutzt man Alles, was in früheren Verhältnissen sich überhaupt nicht dazu herbeigelassen haben würde: Meister Seibold, der Vorarbeiter Schladen, auch der Meister in der Eisengießerei wurde dazu verwandt, ja sogar der Expedient, der sonst nur mit Tinte und Feder arbeitet, muß jetzt gießen helfen. Selbst der Schmelzmeister genirt sich nicht, die Bianne mit Stahl wegzutragen. Nun, wir gönnen den Herren diese schwere und lebensgefährliche Arbeit von ganzem Herzen, es würde uns eine Freude sein, dieses Schaffen aus nächster Nähe beobachten zu können. Denn wenn die Meister selber arbeiten, so ist dies immer ein Zeichen, daß es an Hilfskräften fehlt. Daß es an Arbeitskräften fehlt, ist daraus zu ersehen, daß der Meister der Eisenformet täglich vor's Thor kommt und junge Leute, welche auf der Werft Arbeit suchen, für die Stahlgießerei zu gewinnen sucht. Es ist ihm auch gelungen, daß vier solche Leute im Alter von 16 bis 18 Jahren angefangen haben, ob dieselben Formetarbeit machen sollen und können und Formetlohn erhalten? Wer kann es wissen. Unter diesen Umständen kommt es der Firma immer nur darauf an, Leute in der Bude zu haben, einerlei, was sie zu leisten vermögen. Die Einigkeit und der Muth der Streikenden ist dadurch auch nicht im Geringsten beeinträchtigt, wir sind gewillt, für unsere gerechte Sache so lange zu kämpfen, bis der Sieg unser ist. — Nachschrift. Die erwähnten 4 jüngeren Leute, die zum Unternen in die Gießerei beordert worden sind, haben am 18. März aufgehört zu arbeiten, weil sie keine Streikbrecherdienste leisten wollten.

Mürnberg. Der Streik bei Schudert u. Comp. dauert ununterbrochen fort. Wir erjuchen den Bezug streng fernzuhalten. In nächster Nummer werden wir einen ausführlichen Bericht bringen.

Metallarbeiter.

Breslau. Die am 5. März in Heiders Brauerei abgehaltene Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit folgender Tagesordnung: 1. Vortrag des Redakteurs Böbe betreffs Errichtung eines Arbeiter-Sekretariats. 2. Wahl von zwei Mitgliedern zur Agitationskommission. Nachdem Punkt 1 durch lebhaft Zustimmung zu dem vom Referenten eingenommenen Standpunkt: Errichtung eines Sekretariats vom 1. Januar 1900 ab und Zahlung von 10 A pro Monat und Mitglied vom 1. Juli 1899 an, erledigt war, wurde zum 2. Punkt geschritten und die Kollegen Gustav Höhne und Max Kordigky gewählt. Beide nahmen die Wahl an. Unter Verschiedenes kamen einige interne Angelegenheiten zur Erledigung. — Eine spätere Sitzung der Agitationskommission führte zum Resultat, daß dem Kollegen Höhne die Zeitung genannter Kommission übertragen wurde und ersucht derselbe sämmtliche Hölzler und Vertrauensmänner, alle Gesuche betreffs Abhaltung von Versammlungen u., sowie Geldsendungen an ihn zu adressiren: Gustav Höhne, Mechaniker, Breslau, Neuen Langenstraße 85, 11.

Frankfurt a. M. In der letzten Mitgliederversammlung der allgem. Verwaltungsstelle stand die Wahl eines Ausstausmitgliedes auf der Tagesordnung. Es wurde Kollege Ludwig Jhl an Stelle des ausgetretenen Knopf gewählt. Dierauf entspinnt sich unter „Geschäftlichem und Verschiedenem“ eine rege Debatte über den im Mai hier stattfindenden Gewerkschaftskongress. Verschiedene Kollegen gaben ihrer Verwunderung darüber Ausdruck, daß der Vorstand zur Ausschreibung der Wahl von Delegirten bis jetzt gar keine Schritte unternommen hat. Die Zeit nach der Generalversammlung bis zur Tagung des Kongresses sei entziehen zu kurz zur Vornahme der Wahl. — Kollege Brücke gab hierauf einen Bericht über die Thätigkeit des Gewerbegerichts, der ebenfalls eine rege Diskussion hervorrief. — Der Bericht der Agitationskommission

wurde von dem Vorsitzenden derselben, Kollegen Ehrler, gegeben. Die Kommission wurde im August vorigen Jahres gewählt. Die ersten Wochen waren der Ausarbeitung eines Regulators und Vorbereitung zur planmäßigen Entfaltung einer den ganzen Bezirk möglichst gleichmäßig umfassenden Agitation gewidmet. Eine außerordentlich schwere Arbeit verurteilte die Kommission die Feststellung der sich hier befindlichen Metallverarbeitungswerkstätten und ist das diesbezügliche Material, insbesondere soweit es die kleineren Werkstätten betrifft, bis heute noch unvollständig. Die Einteilung des ganzen Gebietes in 15 Bezirke und die Aufstellung von Bezirksvertrauensmännern seitens der Kommission hat sich sehr gut bewährt. Allerdings hätten einzelne Bezirksvertreter mehr thun können, doch wurde im großen Ganzen mit musterhafter Präzision gearbeitet. Ebenso hat die Werkstättenagitation sehr gute Früchte getragen. Die Mitgliedschaft hat sich in dem kurzen Zeitraum von 5 Monaten verdoppelt, so daß wir mit Neujahr bereits die Grenze von 1000 Mitgliedern überschritten hatten. Während dieser Zeit hat die Kommission 19 Sitzungen und 47 Versammlungen abgehalten. Darunter sind: 1 große öffentliche Protestversammlung gegen die Buchhausvorlage, 8 Bezirks- und 6 auswärts öffentliche Versammlungen und 32 Werkstättenversammlungen. In der Umgegend von Frankfurt haben wir Mitglieder gewonnen fast an allen Orten; in Griesheim a. M. wurde auf Wunsch der dortigen Kollegen eine eigene Verwaltung gegründet, in Gomburg v. S. für unsere Mitglieder ein Vertrauensmann eingesetzt. Auch unsere Werkstättenversammlungen in Frankfurt waren von einem kaum erhofften Erfolg begleitet. Eingegangen sind bei der Kommission 109 Briefe und Sendungen. Versandt wurden 75 Mitteilungen, 98 geschriebene und 624 hektographierte Einladungen. Im Ganzen wurden also 797 Briefe versandt, von denen 52 als unbestellbar retour kamen. Des Weiteren wurden noch 540 hektographierte und 4500 gedruckte, also circa 5000 Zirkulare, 600 Fragebogen und circa 2000 Flugblätter ausgegeben (bis zum 1. Januar 1899). Ueber die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, wie sie durch die Kommission geendet wurden, konnte Ehrler nicht mehr berichten, da die Zeit zu weit vorgeschritten war.

Leipzig-West. Am 12. März fand im „Helsenkeller“ zu Plagwitz eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. Kollege Böhle berichtete über die Landeskonferenz. Angenommen wurde mit Majorität ein Antrag, der sich gegen die Arbeitslosenunterstützung und für Abrücknahme nach der Generalversammlung ausdrückt. Zum 2. Punkt: „Messefeier“ stellt Böhle den Antrag, die Agitationskomitees von Leipzig-West und -Zentrum und die zentralisierten Formen haben eine allgemeine Metallarbeiterversammlung einzuberufen, um zur Messefeier Stellung zu nehmen — Werkstättenverhältnisse. Bei Bachhaus u. Langensiepen ist ein Kollege wegen eines Thermometers, den er zerbrochen haben soll, indirekt gemahnt worden. Der Lohn schwankt in dieser Werkstatt im Alford zwischen 12 und 19 M. Bei Widersatz werden wieder einmal über viele Ueberstunden in der Dreherei geklagt. Die Holzbearbeitungsmaschinenfabrik von Kiebling u. Komp. wird durch folgenden Lohnzettel ins rechte Licht gerückt:

Lohn 58 1/2 Stunden à 0,26	16 13,28
10 Proz. für Ueberstunden	
Schloffer	
Ab Ortfrankenkassenbeitrag	16 —,36
" Inv. u. Altersversorgung	—,15
" Vorschuß	—,15
" Strafgehalt	—,15
" Beitrag zur Fabrik-Unterstützungs-kasse	—,05
	—,56
	bleibt 14,72

Bei weiteren Zetteln bleiben 14,14, 15,04, 13,44. In der Pumpenfabrik von Jäger zu Plagwitz wird über schlechte Löhne geklagt. Der anwesende Meister führte aber aus, daß er keinen Dreher unter 50 M Stundenlohn habe, auch die Schloffer hätten 40 M und darüber. Ein Schloffer hatte sich beim Meister verschiedene Male in Gunst setzen wollen, hatte aber bei demselben kein Glück und ist selber schließlich entlassen worden. Derselbe war in der Versammlung anwesend, entfernte sich aber als über die Angelegenheit gesprochen werden sollte.

Schwabisch-Hall. Zur Arbeitslosenunterstützung. Im Geiste sind wir unstreitig weiter wie in Wirklichkeit, wir müssen mehr in die Praxis umsehen. Ob jedoch in dieser Hinsicht die Arbeitslosenunterstützung ein guter Griff ist, fragt sich. Die Verwaltungsjahre Schwabisch-Hall möchte auch noch in letzter Stunde ihre Meinung in der Frage zum Ausdruck bringen, da man sich doch nicht sagen will, zu dieser Frage geschwiegen zu haben, die nach unserer Ansicht, wenn obligatorisch angenommen, für Hall sehr nachteilig wäre. Allerdings sollte die Meinung einer Fiktion in der Wahl ihren Ausdruck finden, doch wenn ein Ort dergestalt vernachlässigt wurde durch die frühere Verwaltung, wie Hall, so trifft dies nicht zu. Hätte die Wahl nicht zu Anfang des Jahres stattgefunden, wäre im 4. Wahlbezirk ein anderes Resultat zu erwarten gewesen. Nun ist das Gegenheil der Fall, ein Befürworter der Unterstützung wurde mit ganz geringer Majorität gewählt. Trotzdem vor gebundenen Mandaten gewarnt wurde, glauben wir nicht, daß die Person des Delegierten bei dieser Wahl in Frage kam, sondern lediglich die Arbeitslosenunterstützung. Es ist auch sehr klar und wird deshalb in mehreren Bezirken so gewesen sein. Der Delegierte, der nicht heute schon nach den Verhältnissen seines Bezirks Stellung zu der Unterstützung genommen hat und sich erst auf den Eindruck der Generalversammlung verläßt, sagt die Frage nicht als faktische auf. Denn die Taktik richtet sich nach den Verhältnissen — doch an diesen ändert das beste Resultat nichts. Die Verhältnisse Hall's sind dergestalt, daß wir entschieden gegen die obligatorische Arbeitslosenunterstützung Stellung nehmen müssen. Wäre der Antrag aus der Initiative der Mitglieder hervorgegangen, wäre derielbe eher der Nothwendigkeit entsprungen. Ein Bundesmittel wird die Unterstützung hier nicht sein ordentlich ist in Hall eigentlich kein Arbeiter, er ist eben so lange da, als er bei seiner Firma auszuhalten vermag, wird er arbeitslos, heißt abreißen, denn Arbeitslosigkeit am Orte ist Zufall. Kommt in diesem Falle ein älterer verheiratheter Sachgenosse auf die Reise, ist er jedoch nicht mit diesem zu vergleichen, der nur der Reiseunterstützung oder überhaupt der Unterstützung wegen beim Verband ist. Ersteres wird jeder Reisegeldauszahler bestätigen können, letzteres beweisen

die wenigen Ansichten um Untergangskosten. Die Ueberzeugung ist's, die Solidarität, welche den älteren Arbeiter der Organisation erhält, und diesen will man noch höher beladen. Wir glauben nicht, daß das die Solidarität hebt und kräftigt. Ob man's zahlen kann, ist keine Frage; aber rechnen muß man mit 5,20 pro Jahr und die, die es nicht thun, sind darnach! Jeder, der schon Funktionär im Verband war, wird wissen, daß wir in der Praxis nach dem Wortlaut unseres Statuts nicht gehen können, sonst wären wohl noch einige Tausend Mitglieder zu streichen. Die Entziehung des Reisegeldes ist sogar vorgesehen, wenn eine entsprechende Arbeit nicht angenommen wird, niemand wird wohl einen besonderen Druck darauf gelegt haben; bei der Arbeitslosenunterstützung wird das wohl besser durchgeführt werden müssen, doch wie? Wo sind unsere Arbeitsnachweise? Jene bedingt diese. Die Arbeitsvermittlung braucht Jahre, bis sie in der Metallindustrie halbwegs von Bedeutung ist. Davon, wie im Prozenz der Organisirten, werden uns Buchdrucker, Handschuhmacher u. bei Einführung der Unterstützung wohl überlegen gewesen sein. Die 41.000 Ausgetretenen haben mir, wie schon öfters erwähnt wurde, aus den verschiedensten Gründen verloren, erwähnen wollen wir nur noch die zum Militärdienst Abberufenen, welche auch eine erhebliche Zahl der Ausgeschiedenen bedeuten. Könnte man nicht die Abrechnungsformulare so ergänzen, daß der Vorstand über die Gründe der Fluktuation besser unterrichtet ist? Die Oesterreicher haben 6 Jahre gebraucht, bis sie sich veranlaßt sahen, ihre Warnung von 1893 zurückzuziehen. Besser wäre allerdings Material aus ihrer Praxis hinsichtlich der Durchführbarkeit gewesen: da jedoch Oesterreich und jetzt die Unterstützung empfiehlt, dort aber die fakultative Form eingeführt ist, so wird diese schließlich auch bei uns in der Weise durchführbar sein. Gegner der freiwilligen Unterstützungsmittel sind wir nicht, unser Wunsch ist nur, der Verband möge von der obligatorischen Einführung verichont bleiben.

Torgau. Hier fand am 12. März eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Böhme Leipzig über „Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisationen“ referirte. Schon zum wiederholten Male haben die hiesigen Metallarbeiter den Versuch gemacht, den Metallarbeiterverband in Torgau einzuführen, derselbe ist aber durch eingeretene Umstände wieder eingegangen, hoffentlich wird es diesmal von Dauer sein. Mit Anfang d. J. gehörten bereits ein Theil der Metallarbeiter dem Verband als Einzelmitglieder an. Da nun hier 50-60 Metallarbeiter existiren, so könnte auch ganz gut eine Ortsverwaltung hier errichtet werden. Nach dem beifällig aufgenommenen Vortrag wurde in der Diskussion eine hiesige Fabrik kritisiert. In derselben Fabrik besteht der Misp, daß eine schwarze Tafel ausgehängt wird, auf der sämtliche Bekanntschaften des Unternehmers angeheftet werden. Die Fabrik liegt außerhalb der Stadt. Um nun pünktlich wegzugehen und wieder pünktlich da zu sein, hatten sich einige Arbeiter erlaubt, die Stiefel vor dem Bäuren anzuziehen. Das ist nun zu Ehren des gestrengen Herrn Chefs gekommen und gleich darauf prangte am schwarzen Brett: „daß derjenige, der sich vor dem Käuten die Stiefel anzieht, mit 25 M Strafe zu belegen ist“. Und so und so mehrere Fälle vorgekommen, die den Arbeitern fühlen lassen, daß sie des Unternehmers Lohnsklave sind. Das beweist, wie nothwendig es ist, die Zerfahrenheit, die unter uns besteht, bei Seite zu lassen. Aus dieser Zerfahrenheit zieht nur der Unternehmer den Nutzen und wir haben den Schaden. Die kleinen Opfer, die uns die Organisation kostet, soll keiner scheuen, denn die sind nur unbedeutend gegenüber dem Vortheil, den wir erzielten können. Es wurde beschlossen, eine Ortsverwaltung des Verbandes hier zu errichten, zu der bereits 36 Kollegen sich eingezzeichnet haben. Kollege Otto Busch wurde als erster Bevollmächtigter, Kollege Hartmann als Kassier gewählt.

Zirndorf. Am 4. März referirte Genosse Hassel-Nürnberg hier in einer gutbesuchten öffentlichen Metallarbeiterversammlung über die gegenwärtige Lage und den Zehnshundentag nach dem Vortrage besprach der Bevollmächtigte die gegenwärtige Zehnshundentbewegung, bei welcher einige Fabrikanten gegen unsere Organisation in unqualifizirbarer Weise vorgegangen sind, indem sie einige Kollegen maßregeln. Daraufhin legten bei Holz u. Hammerbacher sämtliche Arbeiter, mit Ausnahme von drei, die Arbeit nieder. Kollege Hassel sprach seine Freude über den Sieg des Zehnshundentags aus und forderte zum Eintritt in den Verband auf.

Schloffer u. Maschinenbauer.

Düsseldorf. Die reisenden Kollegen werden hiermit auf die Firma Jacobs & Wulff, Kunst- und Bauhölzerei hier, aufmerksam gemacht. Die Firma beudet die fremden Schloffer in einer Weise aus, die unbedingt der Deffenlichkeit übergeben werden muß. Die große Mehrzahl der dort beschäftigten Arbeiter hört vor Ablauf von 14 Tagen wieder auf. Da nun Herr Jacobs erst nach Ablauf von 14 Tagen Lohn macht, so zahlt er denselben den ordentlichen Tagelohn von 2,40. Einem Schloffer, der nach 9 Tagen aufhörte, erklärte Herr J.: „Wenn Sie dageblieben wären, hätten Sie 3,25 bekommen, so bekommen Sie aber nur 2,40.“ Herr J. dokumentirte also, daß der betr. Kollege 8,25 verdient habe, daß er aber nur deshalb 2,40 ausgezahlt erhalte, weil er gesetzlich nicht verpflichtet ist, mehr zu bezahlen. Wie nennt man das im gewöhnlichen Leben, Herr Jacobs? In einer öffentlichen Schlofferversammlung, welche hier mit den Mitgländen auf genannter Bude beschästigte, wurde konstatiert, daß von 15 bis 20 Arbeitern der alteite jeden Wochen dort beschästigt ist. Dadurch nun, daß man immer über eine ganze Anzahl von Arbeitskräften verfügt, die mit 2,40 pro Tag abgepeißt werden, und nach der Methode neue Besen kehren gut ordentlich angerieben werden, ist man natürlich in der Lage, außerordentlich billig zu konkurriren. Die Firma resp. deren Inhaber sind denn auch bei den hiesigen Schloffermeistern fast noch verhasster als bei den Gesellen. Einige Meister, auch die Obermeister der Innung, die in der Versammlung anwesend waren, machten aus dieser Stimmung kein Hehl. Ein Verbandskollege, welcher 3 Wochen bei J. & W. beschästigt und nach dieser Zeit einer der ältesten Arbeiter der Firma war, hatte die Kollegen zu einer Besprechung eingeladen. Dieses wurde Herrn Jacobs hinterbracht und derselbe gerieth in eine furchtbare Wuth. Als der betr. Kollege den Wuthausbrüchen des Herrn eine

fühle Ruhe entgegenetzte, wurde J. noch handgreiflich, und nur der Besonnenheit unseres Verbandskollegen ist es zu danken, daß nicht größeres Unheil passirte. Als nun auch einige der anderen Kollegen sich auf die Seite des Angegriffenen stellten, konnte sich Herr J. nicht anders helfen, als daß er immer nur: „Haut! raus!“ rief. Hier Mann verlassen die Werkstätte und mittlerweile ist die Firma schon wegen Entlassung ohne Kündigung hingeingefallen. Herr J. wollte nun noch beweisen, daß er die Zeit, in der wir leben — des Zuchthausstrafes nämlich — richtig verstanden hat. Er hat es nämlich fertig gebracht, den betr. Verbandskollegen wegen Aufwiegelung und Aufhebung bei der Polizei zu denunziiren, dürfte aber wenig Glück damit haben. So weit sind wir denn doch noch nicht Herr J.! Zum Schluß sei noch auf ein neues Kapitel von „Rehringsausbildung“ hingewiesen, nämlich in der Wasserfurt. Herr J. hat die schöne Gewohnheit, sich mitten in die Werkstätte hinzusetzen, sich vom Gehirnen die Strümpfe auszuziehen, die Füße waschen und die Strümpfe wieder anzuziehen zu lassen. Fein, was? Es sei noch kurz auf eine Firma hingewiesen, wo die Zustände nicht viel besser sind: Gebr. Rippens. Dort herrscht eine Arbeitszeit, die gewöhnlich 12 Stunden beträgt. Jeden Tag werden 2 Ueberstunden gemacht, wer nicht will, fliegt raus und bekommt ebenfalls, wie bei J. & W., 2,40 pro Tag. Vom Freitag auf Samstag wird gewöhnlich die Nacht durchgeführt. Also von Freitag Morgen um 7 Uhr bis Samstag Abend 7 Uhr, mithin eine Arbeitszeit von 36 Stunden. Ein Kollege, welcher Samstag Mittag zur Arbeit kam, also etwa 5 Stunden ausgeruht hatte, mußte 50 M Strafe zahlen. Die Werkstätte hat einen Lehmboden, es herrscht darin fortwährend Staub und Abends gehen die Leute aus, als ob sie eben von Köln zugereist kämen. Wenn sie sich nicht abbürsten, müssen sie befürchten, von einem Schussmann nach den Papieren gefragt zu werden. Das sind Zustände, gegen welche wir leider ohnmächtig sind. Verbandskollegen halten sich in diesen Huden nicht auf, sondern meist jüngere Kollegen, die zugereist kommen und über die Verhältnisse nicht orientirt sind. Möge diese Schilderung dazu beitragen, wenigstens die Verbandskollegen vor Schaden zu bewahren.

Nöbeln i. S. Zug von Drehern, Schloffern und Mechanikern ist von der Firma Otto u. Geber, Elektrotechnische Fabrik, wegen Differenzen fernzuhalten!

Mannheim. Die hiesigen Bauhölzler sind in eine Lohnbewegung eingetreten und haben folgende Forderungen an die Meister-Vereinigung gerichtet: 1) Einführung der 9/10tündigen Arbeitszeit, 2) 20 Prozent Lohnerhöhung. Die Meister haben diese Forderungen kurzerhand abgewiesen. Wir erziehen deshalb die Kollegen allerorts, besonders die Karlsruder, den Zug von Bauhölzlern nach Mannheim möglichst fern zu halten.

Neustadt a. H. Der Zug von Schloffern, Drehern und Klempnern nach der Kesselfabrik von Platz in Weidensheim bei Neustadt ist fernzuhalten. In Weidensheim ist nur diese eine Fabrik, die Arbeiter derselben suchten sich zu organisiren, indem eine Verammlung dajelbst stattfand und sämtliche noch nicht Organisirten sich dem Metallarbeiter-Verband anschlossen. Diese wurden von einem sogenannten „Luch-Kollegen“ dem Herrn Platz „unterbreitet“. Am letzten Montag Morgen mußte Herr Platz einige Arbeiter, die er wohl als die Anführer betrachtete, mit den größten Eskanzen zu überhäufen, indem derselbe angefangene Akkorarbeit andern Arbeitern überraag, weshalb einige Arbeiter die Arbeit niederlegten und die andern die Kündigung einreichten.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29, Hamburg).

Abrechnung der Hauptkasse pro Februar 1899.

Einnahme Kassenbestand vom Januar 1,032,079,62
 Mark. Von Adlershof 100 M. Altona 180. Barmbeck 100. Beck 150. Bergedorf 80. Bellingen 100. Bohnenwörb 60. Bünde 80. Cöthen 50. Cronenberg 75. Dessau 300. Ebernstraße 15. Gilpe 100. Gimsal 15,40. Giesen 200. Göttingen 150. Glesensburg 400. Frankenthal 200. Färzjenwalde 150. Geestmünde 100. Gevelsberg 200. Giessen 150. Göttingen 100. Gumburg 100. Henner 100. Herbede 90. Höbberg 75. Kammerwiel 60. Ludwigshafen 100. Markschorsch 50. Meißelwitz 100. Mühlhagen i. Th. 100. Nefarau 250. Neige 60. Nowawes-Neuenhof 100. Oberbiel 70. Ohlenburg i. S. 100. Pantow 100. Plethenberg 100. Quedlinburg 100. Rabenau 150. Ravensburg 70. Reinsfeld 200. Reisa 50. Rothenburg o. d. S. 250. Ruhrort 200. Salmahald 100. Siegen II 100. Sieghütte 100. Sudenburg 400. Warstein 74,45. Wertbergen 70. Wilhelmshaven 400. Zell 300. Zidiedge 200. Beitragselder 3. Beiträge 470,60. Von Berufsgenossenschaften 192,96. Zinsen 17,47,72. Zurückbezahl. von W. Kempe, Gensdorf 60,75. Sonstige Einnahmen 23,83. Summa 1,057,680,33.

Ausgabe. Nach Nachen 100 M. Altona I 300. Altona II 200. Altona III 150. Amweiler 150. Arnsbald 100. Asolda 100. Aue 200. Augsburg 600. Bayreuth 100. Bayreuth 100. Bernath 300. Bergeborbeck 200. Bergen i. Bayern 60. Berlin I 500. Berlin VI 700. Berlin IX 500. Birlinghoven 60. Braunschweig 400. Bremen 100. Breslau 1000. Brien 100. Brödingen 50. Brühl 50. Buchholz 120. Bulach-Beierheim 150. Cöln-Nord 200. Cöln-Süd 200. Crumbach 50. Derendorf 300. Deuten 100. Deuz 500. Diemitz 100. Dietrichsdorf 150. Dinkelsbühl 50. Dorp-Grünwald 120. Dortmund 200. Dresden-Neustadt 200. Düsseldorf 100. Eislingen i. O. Eller 50. Enningen 100. Galtheim 100. Erfurt 120. Flingern 200. Forstheim 100. Freiburg i. Breisgau 100. Friedrichsfeld 100. Fulda 100. Gerresheim 100. Giebdichenstein 300. Günheim 50. Günd-Steinbühl 150. Gorbis 100. Görtzig 100. Grafenberg 120. Grödingen 80. Gamm a. d. S. 260. Gajpe 75. Gattlingen 100. Gießheim 50. Giesfeld 50. Görde 200. Gumbold = Colonie 200. Kalk 400. Karlsruhe 600. Königsberg i. Pr. 300. Konstanz 100. Kosenau 100. Landsberg a. d. W. 50. Laubegast 200. Lausach 70. Lemmings 70. Lierenfeld 100. Limburg 50. Linden 200. Osthau 200. Osthau 75. Mainz 150. Mannheim 200. Mannheim-Lindenhof 400. Mannheim-Schwab. Vorst. 200. Memmingen 75. Menden 50. Metz 200. Mörzenreich 50. Montigny 230. Mülheim a. d. Ruhr 100. Mülden 20. Neustadt a. d. S. 100. Neustadt = Magdeburg 100. Neuz

200, Rippes 300, Nürnberg 500, Oberbill 200, Oberhausen I 100, Oberhausen II 150, Oberlar 60, Oberpesterwitz 80, Oberusel 75, Ochshausen 75, Olpe 50, Osnabrück 300, Petersberg 100, Potschappel 150, Preuningsheim 50, Randeracker 160, Rixdorf 300, Rodenkirchen 100, Rosenheim 50, Rückerdorf 100, Ruppur 80, Saargemünd 30, Schalle 1000, Schiffbeck 120, Schleichbuch 50, Schöningen 25, Schwanheim 120, Schneidmühl 30, Seelenheim 100, Sieglar 100, Söllingen 100, Spandau 200, Sprottau 50, Stupferich 100, Stuttgart-Stöckach 100, Styrum 200, Torngelow 150, Uckermünde 50, Wählerhausen 50, Waldbüttelbrunn 200, Weilbach 100, Weimar 100, Weingarten b. Karlsruhe 50, Werbau 50, Werbohl 100, Wertheim 100, Westerbühl 120, Wieblingen 50, Winnweiler Juffenhäuser 200, Krankengeld an: G. Euler, Dautbringen 11,50, C. Felgendreher, Neu-Weißensee 9,20, W. Gronau, Neustadt a. Rhge. 42,55, F. Gerichel, Röhms 36,85, R. Karnbach, Woltersdorf 22,20, C. Kaiser, Neuhaus a. Memmweg 48,10, P. Klavenbach, Bevern 44,40, C. Krüger, Regenwalde 8,40, W. Lufe, Bivitzheide 24,15, C. Madja-Tonst, Driesen 3,80, S. Rose, Umma 44,40, A. Schmidt, Markfrankstadt 20,70, F. Sprengel, Tangermünde 18,50, F. Stöbel, Weggen 28, S. Treptom, Lindenhorst 18,50, J. Waagener, Günen 40,70, W. Weber, Nienburg a. d. S. 9,20, C. Wittig, Beuregard 66,70, Kur- und Verpflegungsstellen für W. Winkelmann, Pittfeld 12,95, Sterbegeld für C. Krüger, Regenwalde 80, Gehälter an die Beamten der Hauptverwaltung 1352,80, Vorstehenden der Revisionskommission 85, Druckfachen 407,40, Buchbinderarbeiten 629,90, Stempel 32, Tischlerarbeiten 60, Vierteljährliche Miete 225, Porto, Schreibmaterialien 364,08, Summa: 26,841,93 Mk.

Bilance.
Einnahme 1,057,680,33 Mk
Ausgabe 26,841,93 „
Kassenbestand 1,030,838,40 Mk
C. Batenuth, Hauptkassirer.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 25. Heft des 17. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: zehn Jahre preussischer Volksschulgeschichte in Zahlen, 1886 bis 1896. Von Heinrich Schulz-Gruft. — Siehe da: das jechende Willkürer. Ein Schlusswort von Max Schippel. — Siegfried der Harmlose. Von R. Kautsky. — Die Ruskin Co-operative Association und deren Hochschulen für Sozialismus. Von Fr. Paetola. — Litterarische Rundschau. — Jemiletou: Wenn die Wildgänse ziehen. Eine skizzierte Erzählung von Percil Pontopidan.

Briefkasten.

Käupert, Braunschweig. Also nicht 1897, sondern 1898 soll es in dem Bericht in Nr. 10 heißen. Aus unserer Note ist aber unklar zu schließen, daß es sich da nur um einen Schreibfehler des Berichters handelt. Im Weiteren liegt keine Veranlassung vor, an dem Bericht eine Ergänzung oder „Berichtigung“ vorzunehmen. In einem solchen Bericht kann eben nicht alles wiedergegeben werden. Aber Ihre Stellung ist darin genügend gekennzeichnet.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

Aachen. Samstag, 25. März, Abends 8^{1/2} Uhr, bei Schilling, Bergstr. 25. Kapital und Lohnarbeit.
Altenburg. Sonnabend, 25. März, Abds. halb 9 Uhr, im „Lokal“.
Barmen. Am 4. April.
Berlin. Vertrauensmännerkonferenzen: Für den Osten: Sonnabend, 25. März, bei Wiedemann, Friedenstraße 67. Für Charlottenburg: Sonnabend, 25. März, bei Hajke, Potsdamerstr. 44. **Moabit:** Die Konferenz für April findet nicht am 1., sondern am 8. April statt.
Breuschweig. (Schloßer u. Maschinenbauer.) Sonnabend, 25. März, Abends halb 9 Uhr, in der „Engl. Krone“. Neuwahl der Agitationskommission. Anstellung eines bezoldeten Beitragsamtmanns. Gewerkschaftliches.
Bremen. Freitag, 31. März, Nachmittags 4 Uhr, im Vereinshaus, Hansestr. 21—22.
Canstatt. (Allgem.) Samstag, 25. März, Abends 8 Uhr, im „Maimies Hof“ (mittlerer Saal). Vortrag des Arbeitervereins Diatata aus Stuttgart. Bericht vom Gewerkschaftsteil. In dieser Versammlung sind auch die Mitglieder der übrigen Sektionen eingeladen.
Canstatt. (Sektion der Schmiede u. n. R.) Samstag, 25. März, Abends 8 Uhr, im „Sonne“. Gewerkschaftsbericht. Frühjahrsausflug. — Die Mitgliedsbücher ohne Ausnahme sind in der Versammlung zur Kontrolle abzugeben.
Darmstadt. Jeden 1. und 3. Samstag im Monat in der „Stadt Nürnberg“, Obergasse 38.
Hessau. Sonnabend, 25. März.
Huisburg. (Sektion der Feilenhauer.) Unsere Versammlung findet nicht Samstag, sondern Sonntag Nachmittags 3 Uhr statt.
Essen. (Sektion der Klempner.) Sonnabend, 1. April, bei Meise, Kaplaneralle 68.
Frankenthal. Samstag, 25. März, Abends halb 9 Uhr, bei Wogand, Kellergasse 33. Ergänzungswahl zur Ortsverwaltung. Einsetzung einer Herbergskommission.
Gotha. Sonntag, 26. März, Nachmittags halb 3 Uhr, in der „Erholung“.
Grünberg i. Schleien. Montag, 27. März, Abends halb 9 Uhr, Bahnhofsplatz in der Sonne, Berlinstraße.
Hannover. (Allg. Verwaltungssstelle.) Dienstag, 28. März, Abends halb 9 Uhr, bei Hilmer, Gänsemarkt 35. Konsum-, Kon- und Sparverein. Bibliothekangelegenheiten.

Hannover. (Allgem.) Sonnabend, 25. März, Abends halb 9 Uhr, im Saale des „Ballhofs“.
Hannover. (Sektion der Klempner.) Unsere Versammlungen finden von jetzt ab jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat Abends halb 9 Uhr bei Straßner statt. Die nächste Versammlung findet am 26. März statt.
Heidelberg. Samstag, 25. März, Abends halb 9 Uhr. Fortsetzung der Vorlesung über: Die Gesundheitspflege für die arbeitenden Klassen.
Höchst a. M. Mittwoch 5. April, Abends halb 9 Uhr, im „Vogel-Nest“, Humboldtstr. 1.
Kaiserslautern. (Allg.) Samstag, 1. April, Abds. halb 9 Uhr, in den „drei Mühren“, Stadtweierstr. 1.
Kalk. Am 1. April.
Karlsruhe. (Sektion der Bauhilfswerk.) Samstag, 25. März, Abends halb 9 Uhr, in der „Fortuna“. Wahl eines Bevollmächtigten. Vortrag von Kollege Kleemann.
Karlsruhe. (Sektion der Flechter u. Zunftarbeiter.) Samstag, 25. März, Abends 8 Uhr, in der „Wacht am Rhein“. Vortrag.
Karlsruhe-Mühlburg. Samstag, 25. März, Abds. halb 9 Uhr, im „Mitter“. Vortrag.
Kiel. (Allgem.) Mittwoch, 29. März, Abends halb 9 Uhr. Vortrag des Kollegen Wiesel.
Klein-Cheunfeld. Unsere Versammlungen finden von jetzt ab wieder regelmäßig jeden Samstag, Abends 9 Uhr, im Lokale des Herrn Jean Witz, Gänsemannstr. 36, statt. Samstag, 25. März, Vortrag des Kollegen Otten.
Krefeld. Montag, 27. März, im neuen Lokal bei Grüttner, Krefelder Bierhaus, Rheinstraße. Vortrag: Die Lage der Lohnarbeiter im Mittelalter bis zur Reformation.
Leer. Die Versammlungen sind wieder auf Sonnabend verlegt. Nächste am 25. März, Abends 8 Uhr.
Mehlis. Sonntag, 2. April, im „Eindeufhof“.
Hersberg. Sonntag, 2. April, Vorm. 11 Uhr, im „Saalestücken“.
Hersfeld. Sonntag, Nachmittags 3 Uhr, in der „Quelle“.
Hürnberg. (Sekt. der Feilenhauer.) Samstag, 25. März, im „Goldenen Mörser“. Vortrag von Genosse Köpf über: Die Errichtung einer Zwangsinnung im Feilenhauergewerbe. Die Bauhilfswerk werden hiemit zu zahlreichem Erscheinen eingeladen.
Quedlinburg. Am 1. April keine Versammlung, dafür am Sonnabend, 15. April, Berichterstattung des Delegierten von der Generalversammlung.
Roslau. Sonnabend, 1. April, bei Schreiber, Feldstraße. Abrechnung.
Strasbourg i. G. Samstag, 25. März, Abends halb 9 Uhr, in der Wirtschaft Vogel, Ecke Weisthurmstraße.
Strasbourg i. G. (Sektion der Schmiede.) Samstag, 25. März, Abends halb 9 Uhr, in der Wirtschaft Knapp, Spitalplatz.
Stuttgart. (Sekt. der Feilenhauer.) Samstag, 25. März, Abends 8 Uhr, im „Goldenen Haren“. Vortrag.
Uelbert. Samstag, 1. April, Abends halb 9 Uhr, bei Witthe Korberheid, Neustr. 26.
Würzburg. Wegen des Feiertages am 25. März findet die nächste Versammlung am 1. April, Abends 8 Uhr, bei Dullinger statt.
Zittau. Sonnabend, 25. März, Abends halb 9 Uhr, im Welfs Restaurant. Bericht von der Landeskonferenz.

Zuisburg. (Sektion der Feilenhauer.) Der Arbeitsnachweis ist in Händen des Kollegen August Boß, Koloniestraße 117.
Düsseldorf. Der Feilenhauer Franz Joseph Ehrhardt, B.R. 163,002, geb. zu Gähbach, wird hierdurch aufgefordert, sich zu rechtfertigen über die Verläumdungen seiner Arbeitskollegen bei seinen Arbeitgebern, Herren Wildschütz u. Komz.
Emmendingen. Vor dem Former Friedrich Buch wird gesucht, da er Schweindefleien zu verüben sucht.
Ferndorf. Hugo Heich aus Ferndorf (Sachsen) und Eugen Reichert aus Heidelberg werden aufgefordert, ihrer Verpflichtung gegen den Verwalter des Gewerkschaftshauses in Ferndorf in Bälde nachzukommen. Beide jetzt in Mannheim.
Görlitz. Die Wohnung des Kassiers und Heissegelanzwehlers ist jetzt: Landesstr. 27, p. Das Heissegel wird von 12^{1/2}—11^{1/2} Uhr ausbezahlt.
Heidelberg. Die wohnenden Kollegen werden ersucht, nur das Bezirkslokal, „Gasthaus zur Karlsburg“, Hauptstraße 68, zu benutzen, wofür auch das Heissegel ausbezahlt wird. Andernfalls wird nach dem Statut verfahren.
Kaiserslautern. Die Zentralherberge befindet sich von jetzt ab Pirnaisenstr. 36 in der Restauration zum „Stadipark“. Heissegel wird täglich ausbezahlt von 7 bis 9 Uhr Abends.
Karlsruhe. Die Adresse des Bevollmächtigten ist von 1. April ab: Leitzigerstraße 36, I.
Saarlouis. Bevollmächtigter ist jetzt: Melchior May, Leitziger.
Weimar. Der Schlosser Robert Klinge, B.R. 267,469, wird ersucht, seinen Verpflichtungen gegen die hiesige Verwaltungsstelle nachzukommen.

Gestorben.

In Deßau der Klempner Wihl Weise am 8. März an Lungenentzündung im Alter von 25 Jahren. — In Leipzig am 12. Februar Paul Schreiber, Schlosser, an Gehirnanfall, 19 Jahre alt; der Schlosser Bruno Walter an Lungenentzündung, 21 Jahre alt. — In Stuttgart-Diessenheim am 2. März Emil Förderer, Schlosser, im Alter von 49 Jahren an der Proletariatskrankheit.

Öffentliche Versammlungen.

Freiburg i. B. Montag, 27. März, Abends 8 Uhr, in der „Zinnerhalle“, Bertholdstraße, kombinierte Gewerkschaftsversammlung betreffs Lohnbewegung der Bauhandwerker. Zutritt nur für organisierte Kollegen. Mitgliedsbücher mitbringen.

Görlitz. Montag, 27. März, Abends halb 9 Uhr, Deffertliche Metallarbeiter-Versammlung im „Felsenkeller“, Sonnenstraße. Vortrag des Gen. Ritter.
Hannover. Sonntag, 26. März, Vormittags halb 11 Uhr, im Saale des „Ballhofs“ öffentliche Klempererversammlung. 1. Vortrag des Kollegen Bormann über: Die Entwicklung der Metallindustrie und deren Einfluß auf die Lebenshaltung der Arbeiter. Abrechnung der Lohnkommission und die Stellung der Klemperer zu derselben in der Zukunft.

Privat-Anzeigen.

Der Schmied August Louis Becker, geb. 25. Februar 1855 zu Rosla am Harz, wird gebeten, sich an die Redaktion zu wenden oder seinen Aufenthaltsort in der Expedition niederzulegen. [49]

Tüchtige Silberarbeiter,

Monteurs auf Preßingen finden bei gutem Lohn dauernde Stellung. [50]
Martin Mayer, Mainz.

Ein Feinmechaniker

der auf Durchbohr (franz. Schnitte), Härten, Fräsen &c. gut eingearbeitet ist, findet bei hohem Lohn dauernde und selbstständige Stellung. [51]
Martin Mayer, Mainz.

Tüchtige Metallschlägergehilfen

können sich zum sofortigen Antritt melden bei [47]
Louis Boronow in Breslau.

Ich bringe den werthen Kollegen meine vorzüglichen billigen Formerpinsel in empfehlende Erinnerung. Preisverzeichnis sende auf Wunsch gratis zu. Nicht vielen Stellenungen entgegengehend zeichne [41]
Mit Gruß
F. Weiland, Fürstentwale a. d. Spree.
Verkaufsstellen für Berlin bei Teufel, Skalitzerstraße, und beim Kollegen Poillon, Schulzendorferstraße.

Benutzte Offerte in Klemmfedern aus Draht oder Blech mit zirka 3 cm. Spannweite zum Festklemmen resp. Halten von Zählern u. erbeten. [45]
Eugen Fischer & Co., Grimmitzschau.

Photograph-Apparat

haarcharfe Bilder 4x4 cm. gebend mit Platte, Papier, Chemikalien und Anleitung [46]
nur 1.50 Mk.
Probefild 10 S. Verjandt nur gegen Voreinsendung des Betrages und 20 S für Porto.
Theodor Grotwahl, Cassel.

Liefere:
Gewindeberechnungen M 1,35. — **Konusberechnungen** M 1,30. — **Messingstäbchen** für Konusberechnung M —,50. — **Gewindevortrag** M —,30. — **Räderkalk** M —,15. — **Nachschlagebüchlein** über zirka 500 metalltechn. Schriften nebst Angaben über Dffertbriefe u. c. M —,50. Gesamtpreis M 4,10, gebunden M 4,75. Für Wiederverkäufer zur Probe M 2,75, geb. M 3,40. — **Spitz-Gewindeleere** M —,80. — **Flach-Gewindeleere** M 1,20. Gewindetaster M 1,10. — **Feder-Gewindetaster** M 1,70. Feine Unerkennungen. Prosp. gratis. Wiederverkäufer erhalten Rettopreislifte. [48]
Aug. Loh
Siebichensstein-Palle a. S.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Merkmalen tragen. Allein-Verkauf für Berlin. Gelegl. Schutz ausgem. Dieselbe ist in schönen praktischen dunkelgrünen und braunen Streifen edelartig gedruckt. Eine außerordentlich starke Waare, sehr feste stappnächte, haltbare Nähmaterialien, breite, tiefe Leder-Pilottaschen, ein hohes bequemes Gefäß, richtig weit gearbeitete Schenkeltheile verleihen der Hose die größten Vorzüge. Der Fosenbund ist hinten und vorn aus einem Stück gefertigt, nicht in kleinen Stücken zusammengenäht. Die Knöpfe sind fest angeheftet. Trotz all' dieser ganz erheblichen Vortheile kostet die Hose nur den billigen Preis von [4]
Bei Entnahme von 6 Stück 26 Mk. **4 Mk. 50**

Obiger Preis gilt für normale Mannsfiguren. Verjandt nach auswärts von 20 Mk an franko. — Bei Bestellungen genügt die Angabe der Bundweite und der inneren Schrittlänge. [4]

Baer Sohn

Berlin N. Berlin SO.
Chausseestr. 21a. Brückenstr. 11.
Berlin O.
Gr. Frankfurterstr. 16.
Jeder verlange umjont und franko das 12. reich illustrierte Preisbuch über gesammte Herren- u. Knaben-Bekleidung.